

EINE WELT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / MÄRZ 2020

Das DEZA-Magazin
für Entwicklung und
Zusammenarbeit

www.eine-welt.ch

SICHERHEIT IN OSTEUROPA

Wichtig für Europa,
wichtig für die Schweiz

LAOS

Ein Land im Ausverkauf

MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Eine kontroverse Beziehung



DOSSIER
SICHERHEIT IN OSTEUROPA



8

Sicherheit in Europa bedeutet Sicherheit für die Schweiz

Terrorismus, irreguläre Migration oder Menschenhandel – das Thema öffentliche Sicherheit hat in Europa an Bedeutung gewonnen

13

«Die Unterstützung ist von strategischer Bedeutung»

Interview mit dem Sicherheitsexperten Roderick Ackermann

15

Positives Fazit trotz schwieriger Umstände

Die Projekte der Schweiz im Rahmen des Erweiterungsbeitrags wurden in Rumänien und Bulgarien abgeschlossen

17

Mit Wissensaustausch zu mehr Sicherheit

Gefragte Schweizer Expertise beim Wissensaustausch zwischen Institutionen in der Schweiz und den EU-Mitgliedsstaaten

19

Facts & Figures

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen. Deshalb geben nicht alle Beiträge notwendigerweise den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

HORIZONTE
LAOS



20

Ein Land im Ausverkauf

Laos ist eines der ärmsten Länder in Südostasien – dessen Regierung will das Land im Eilzugtempo zur Batterie Asiens machen

24

Aus dem Alltag von...

Michal Harari, Verantwortliche für Gouvernanz-Programme im Kooperationsbüro Vientiane

25

Bleibt beharrlich, hört nicht auf zu lernen!

Trotz schwieriger Kindheit in extremer Armut besitzt Ms Baimoua heute einen Hochschulabschluss und eine Anstellung als IT-Assistentin

DEZA



26

Mit Lowtech gegen Indiens Hitzekollaps

Schweizer Ingenieure beraten indische Baufachleute, Ministerien und Investoren im energieeffizienten Bauen

29

Möglichst schnell weg über die Grenze – und dann?

Tag für Tag verlassen tausende Venezolanerinnen und Venezolaner in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen ihr desolates Land

FORUM



32

Migration und Entwicklung: eine kontroverse Beziehung

Vermag internationale Zusammenarbeit den Migrationsdruck tatsächlich zu senken? Eine Kontroverse

35

Soziale Sicherheit – ein Menschenrecht unter Beschuss

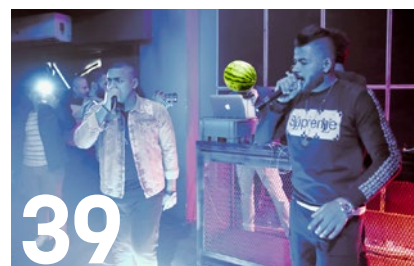
Immer wieder gerät der Schutz der Ärmsten durch Sozialhilfe unter politischen Beschuss – zu Unrecht

38

Die Kunst des Lebens!

Carte blanche: Die Bosnierin Aida Begić über die Rolle der Künstlerinnen und Künstler sowie den Wert der Kultur in Krisenzeiten

KULTUR



39

Der Sound der 20 Millionen

Mahraganat gehört aktuell zur populärsten Musik Kairo – ein Basler DJ versucht, den Musikstil auch ausserhalb Ägyptens als eigenes Genre zu etablieren

- 3 Editorial
- 4 Periskop
- 31 Einblick DEZA
- 41 Service
- 43 Fernsucht mit Mario Casella
- 43 Impressum

GEFAHREN KENNEN KEINE GRENZEN



© DEZA

Vor gut vierzig Jahren sah ich in einem Zeughaus ein Poster mit dem Slogan: «Jedes Land hat eine Armee, entweder die eigene oder eine fremde». Das stimmte zwar schon damals nicht ganz, da zum Beispiel Costa Rica seit 1948 weder über eine eigene Armee verfügte, noch seither je besetzt worden war. Im Übrigen entsprach die Aussage dem Zeitgeist des Kalten Krieges und den damals vorherrschenden Szenarien internationaler bewaffneter Konflikte. Solche Szenarien kann man auch heute nicht ausschliessen; sie sind jedoch in den letzten Jahrzehnten glücklicherweise seltener geworden.

Dafür sind in der Zwischenzeit andere globale Bedrohungen entstanden, deren komplexe Ursachen höchstens noch von Experten verstanden werden und deren weitreichende Auswirkungen auf keinem Poster mehr Platz hätten. Zu nennen sind etwa Klimawandel, Wasserknappheit und Pandemien. Ich denke aber auch an das organisierte Verbrechen, Cyberangriffe und Terrorismus. Kein Land kann sich allein gegen diese Gefahren schützen, weil diese selber keine Grenzen kennen. Das heisst, die Frage, gegen welche Staaten wir uns allenfalls wehren müssten, ist heute nur noch eine unter vielen. Zentraler ist die Frage: Mit welchen Staaten können wir angesichts der genannten Risiken zusammenarbeiten?

Dieses Heft behandelt als Hauptthema die Zusammenarbeit der Schweiz im Bereich der Sicherheit mit den 13 Staaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind und bis Ende 2019 vom Erweiterungsbeitrag der Schweiz in der Höhe von rund 1.3 Milliarden Franken profitierten (die Umsetzungsphase in Kroatien dauert noch bis 2024). Die «Förderung von Stabilität und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent...» ent-

sprach bei der Schaffung des Erweiterungsbeitrags dem erklärten Ziel des Bundesrats.

Polen, Bulgarien und Rumänien überwachen insgesamt mehr als 3000 Kilometer der EU-Aussengrenze, was etwa der Luftdistanz von Bern ans Kaspische Meer entspricht. Das machte diese Länder in den Bereichen des grenzüberschreitenden organisierten Verbrechens, des Menschenhandels oder der irregulären Migration zu Schlüsselakteuren. Die Zusammenarbeit der Schweiz im Rahmen des Erweiterungsbeitrags setzte deshalb einen Schwerpunkt auf eben diese Bedrohungsformen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf unser Land haben. 116 Millionen Franken flossen in Massnahmen zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit der Partnerländer. In Polen unterstützte die Schweiz die Verbesserung der Ausstattung von mobilen Grenzkontrollseinheiten, in Estland die Errichtung eines Systems zur automatischen Erkennung von Nummernschildern und in Bulgarien den Kampf gegen den Menschenhandel, zum Beispiel durch Mitfinanzierung einer Präventionskampagne, welche die bulgarische Bevölkerung vor fiktiven Jobangeboten warnt.

Eine externe Evaluation stellt den Schweizer Projekten im Bereich Sicherheit insgesamt ein positives Zeugnis aus. Die Unterstützung sei relevant und qualitativ gut gewesen, auch wenn (noch) nicht überall die erwarteten Veränderungen eingetreten seien.

Der Erweiterungsbeitrag zugunsten der 13 EU-Mitgliedsstaaten entsprang zwar einer anderen Logik, als die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz in den ärmsten Ländern der Welt; aber sie haben ein wichtiges Element gemeinsam: Solidarität mit Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, und die längerfristigen Sicherheitsinteressen unseres Landes sind keine Gegensätze; sie ergänzen sich.

Manuel Sager
Direktor der DEZA



© UNHCR / Caroline Geiswain

STAATENLOSIGKEIT: MEILENSTEIN ERREICHT

(cz) Zusammen mit Hunderten internationalen und regionalen Organisationen haben sich mehr als 85 Regierungen dazu verpflichtet, die Staatenlosigkeit von Menschen zu beenden. An einem vom UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR organisierten Treffen in Genf verpflichteten sich zudem über 50 Staaten dazu, die UN-Konventionen zur Staatenlosigkeit zu ratifizieren. So soll etwa die Einbürgerung von Staatenlosen erleichtert, Staatenlosigkeit verhindert, Staatenlosen Schutz geboten und eine universelle Geburtsregistrierung sichergestellt werden. Die Anzahl der Zusagen zu einem einzigen Zeitpunkt sei beispiellos, hiess es vonseiten des UNHCR. «Das Engagement zeigt, dass es einen beispiellosen politischen Willen gibt, dieses Problem zu lösen», sagte der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi. Laut UNHCR ist Staatenlosigkeit eine der Hauptursachen für Menschenrechtsverletzungen an Millionen von Menschen weltweit.

GESUNDHEIT: HISTORISCHER ERFOLG

(cz) Das wilde Poliovirus Typ 3 gilt seit Kurzem als ausgerottet. Das gab eine unabhängige Expertenkommission am letztjährigen Welt-Polio-Tag bekannt. Nach der Ausrottung der Pocken und des wilden Poliovirus Typ 2 stelle dieser Erfolg einen weiteren Meilenstein dar, sagte der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation Tedros Adhanom Ghebreyesus. «Dank der Kombination von Innovation und Engagement bleibt nur noch einer von drei Typen des wilden Poliovirus übrig», so Ghebreyesus. Man wolle nicht den Eindruck vermitteln, dass die Arbeit beendet sei, sagte ein Sprecher der WHO. «Wir machen Fortschritte, aber Selbstzufriedenheit ist jetzt eine der grössten Gefahren.» Denn der Typ 1 des Poliovirus steckt immer noch Menschen an – und kommt etwa in Afghanistan oder Pakistan vor. Ausserhalb des menschlichen Körpers kann das wilde Poliovirus aber nicht über längere Zeit überleben. Das heisst: Wenn das Virus keine ungeimpfte Person zur Infektion findet, stirbt es aus.

HOHES PANDEMIERISIKO

(sch) Die Weltgemeinschaft riskiere, in eine globale Krise zu schlafwandeln, die noch schlimmer ausfallen könnte, als die Spanische Grippe von 1918 mit 50 Millionen Todesopfern. Davor warnen die Verfasser des Berichts «A world at risk» des «Global Preparedness Monitoring Board». Alleine zwischen 2011 und 2018 registrierte die WHO 1483 Epidemien in 172 Staaten, darunter Grippe, SARS, Ebola, die Pest, Zika und Gelbfieber. Damit Pandemien nicht ausser Kontrolle geraten, seien deutlich höhere Investitionen ins Risikomanagement notwendig. Dies wäre auch ökonomisch sinnvoll: Die Ebola-Epidemie von 2013 bis 2016 kostete die Weltgemeinschaft 53 Milliarden US Dollar. Der Bericht fordert die Ernennung eines nationalen Koordinators für Gesundheitskrisen auf höchster politischer Stufe, mehr Investitionen in neue Impfungen und Therapien sowie ein forcierter Wissensaustausch bezüglich neu auftauchender Pathogene. Gleichzeitig müssten von Pandemien betroffene Regionen und Gemeinden besser in die Bewältigung der Krisen involviert werden.

GRÜNE ALTERNATIVE ZU DIESELGENERATOREN

(sch) 25 Millionen Diesel- und Benzingeneratoren sind in 167 Entwicklungsländern (ohne China) heute in Betrieb. Sie haben eine Gesamtkapazität von 350 bis 500 Gigawatt, was etwa 700 bis 1000 grossen Kohlekraftwerken entspricht. Diese Zahlen finden sich im neuen Bericht «The Dirty Footprint of the Broken Grid» der Weltbank-Gruppe, welcher die negativen sozioökonomischen Auswirkungen einer Stromversorgung analysiert, die mangels eines verlässlichen Elektrizitätsnetzes auf Generatoren angewiesen ist. In Westafrika zum Beispiel wird über 40 Prozent des Elektrizitätskonsums mit Generatoren abgedeckt. 40 Milliarden US Dollar werden in den untersuchten Ländern jährlich für Benzin und Diesel für den Betrieb von Generatoren ausgegeben. Das führt zu durchschnittlich doppelt so hohen Stromkosten wie für Netzstrom. Die Autoren plädieren dafür, die Generatoren durch Sonnenenergie und neue, intelligente Stromverteilnetze zu ersetzen. Damit würden nicht nur hohe Stromkosten für arme Haushalte reduziert, sondern auch negativen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt.



© Wu Wei/Xinhua/Getty Images/Pressphoto



© Zeichnung von Ilan Savkovic, Bulgarien

WENIGER DISKRIMINIERENDE GESETZE

(zs) Während sich die Lebensbedingungen der Frauen in rund 60 Ländern verbesserten, haben sie sich in von Konflikten heimgesuchten Staaten verschlechtert. Norwegen, die Schweiz und Dänemark stehen an der Spitze des «Women, Peace, and Security Index 2019/2020»; Jemen, Afghanistan, Syrien, Pakistan und Südsudan sind die Schlusslichter. Die Forscher des Georgetown Institute for Women, Peace and Security erhoben in 167 Ländern Variablen wie Bildung, Beschäftigungsverhältnis, Justiz oder Zugang zu Bankdienstleistungen. Im letztgenannten Bereich wurden grosse Fortschritte erzielt, sowohl bei mobilen als auch bei herkömmlichen Banken. Aufwärts geht es auch anderswo: Diskriminierende Gesetze sind auf dem Rückzug und in den Parlamenten sind die Frauen besser vertreten. Die für die Lebensbedingungen der Frauen zentrale Sicherheitslage hingegen hat sich in fast 50 Ländern verschlechtert.

SIEG DER TOILETTEN

(cz) Nepal hat nach eigenen Angaben geschafft, wovon viele arme Staaten nur träumen können. In allen 77 Distrikten des Landes gehört die Defäkation im Freien der Vergangenheit an, verkündete der nepalesische Premierminister

Khadga Prasad Sharma Oli. Das Problem ist Ursache vieler Infektionskrankheiten in ärmeren Ländern. 2009 war es in Nepal zu einer katastrophalen Cholera-Epidemie gekommen, die als Weckruf für die Regierung diente. Der Erfolg ist auf eine gross angelegte Kampagne in Kooperation mit der UNO zurückzuführen, bei der sanitäre Anlagen ausgebaut und die Menschen für das Thema sensibilisiert wurden. In über 5,6 Millionen Haushalten sei laut Regierung mindestens eine Toilette installiert worden. Ob das Problem allerdings tatsächlich der Vergangenheit angehört, ist umstritten: Mehrere Quellen berichten, dass längst nicht alle Haushalte Zugang zu einer Toilette hätten. Klar ist jedoch: Die Fortschritte, die Nepal erzielt hat, sind gross.



© DEZA

АКАДЕМИЯ
НАМВР

DOSSIER SICHERHEIT IN OSTEUROPA

SICHERHEIT IN EUROPA BEDEUTET SICHERHEIT FÜR DIE SCHWEIZ SEITE 8
«DIE UNTERSTÜTZUNG IST VON STRATEGISCHER BEDEUTUNG» SEITE 13
POSITIVES FAZIT TROTZ SCHWIERIGER UMSTÄNDE SEITE 15
MIT WISSENSAUSTAUSCH ZU MEHR SICHERHEIT SEITE 17
FACTS & FIGURES SEITE 19



Bulgarische Polizeiaspiranten werden mit Schweizer Unterstützung in den neusten forensischen Technologien in einem modernen Labor ausgebildet.

© Ivo Danchev



SICHERHEIT IN EUROPA BEDEUTET SICHERHEIT FÜR DIE SCHWEIZ

Terrorismus, irreguläre Migration oder Menschenhandel – das Thema öffentliche Sicherheit hat in Europa an Bedeutung gewonnen. Mit ihren Sicherheitsprojekten im Rahmen des Erweiterungsbeitrags hat die Schweiz diese Entwicklung ein Stück weit vorweggenommen. Und profitiert davon auch selbst.

Text: Christian Zeier

Für Europäerinnen und Europäer war das Thema Sicherheit seit einer ganzen Generation nicht mehr so wichtig wie in den letzten Jahren. Das hat eine Untersuchung der EU-Kommission von 2017 ergeben. Zwar hätten die Menschen an ihren Wohnorten nach wie vor ein starkes Gefühl der Sicherheit, doch bewaffnete Konflikte vor der Haustüre der EU, die Rückkehr radikalisierter Europäer aus Konfliktgebieten sowie eine Reihe von Terroranschlägen hätten die innere Sicherheit zu einem der wichtigsten Anliegen der Bevölkerung gemacht.

Auch der Schweizer Nachrichtendienst hält fest, dass die Sicherheitspufferzone aus Rechtsstaaten rund um die Schweiz in den letzten Jahren schwächer geworden sei. Sowohl die politische Stabilität als auch die wirtschaftliche Robustheit in Gesamteuropa hätten abgenommen. Innereuropäische Migrationsbewegungen und die hohe Anzahl Asylgesuche würden die politische Polarisierung in der EU verstärken und den Zusam-

menhalt gefährden. «Durch die zunehmende Unsicherheit im Umfeld hat die Sicherheitspolitik auch für die Schweiz an Bedeutung gewonnen», schreibt der Nachrichtendienst des Bundes im Lagebericht 2019.

Zentrale Akteure im Osten

Welche konkreten Themen für die innere Sicherheit Europas bedeutend sind, zeigen Berichte europäischer Institutionen. Laut Sicherheitsagenda der EU-Kommission stehen Terrorismus, grenzüberschreitendes organisiertes Verbrechen und Cyberkriminalität ganz oben auf der Prioritätenliste. Europol identifiziert in einem Bericht von 2017 folgende Schwerpunkte krimineller Aktivität: Cyberkriminalität, organisierte Einbrüche, illegale Drogen, Schleusen von Migrantinnen und Migranten sowie Menschenhandel und Ausbeutung von Arbeitskräften.

Die Länder an der östlichen Grenze der EU nehmen bei der Bekämpfung dieser Aktivitäten eine wichtige Rolle ein. Polen, Bulgarien und Rumänien überwachen gemeinsam mehr als 3000 Kilometer der EU-Aussengrenze. Das macht sie im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität wie Schmuggel, Menschenhandel

oder irreguläre Migration zu zentralen Akteuren. Bulgarien etwa gilt als eines der Hauptursprungsländer des Menschenhandels innerhalb der EU – und in geringerer Masse als Transitland. Rumänien wiederum ist laut Frontex eines der wichtigsten Herkunftsländer von Vermittlern im Bereich Menschen-smuggel. Und die geographische Lage Polens nennt Interpol «attraktiv für regionale Gruppen der organisierten Kriminalität, die Drogen-, Waffen- und Menschen-smuggel betreiben wollen».

Kein Wunder also besteht auch im westlichen Europa ein Interesse an der verbesserten Sicherheitslage der östlichen Mitgliedsstaaten. Einen Beitrag dazu leisten sowohl der Kohäsionsfonds der EU als auch der von der Schweiz autonom umgesetzte Erweiterungsbeitrag.

Grenzsicherung in Polen, Hochwasser in Ungarn

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrags hat die Schweiz in den vergangenen Jahren hunderte Projekte unterstützt, die in den neuen Mitgliedsstaaten der EU die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten verringern sollten (siehe Randspalte S. 10). Als eines von fünf Unterzielen wurde dabei die Förderung der

Eine verbesserte Polizeiausbildung und verkehrsberuhigende Massnahmen führten in Polen – hier die Hauptstadt Warschau – zu rund einem Fünftel weniger Verkehrstoter seit 2012.

© Andrzej Mitura, Nationale Polizei Warschau

ERWEITERUNGSBEITRAG

Im November 2006 genehmigte das Schweizer Stimmvolk den Erweiterungsbeitrag. Die Schweiz beschloss, mit insgesamt 1.3 Milliarden Franken zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU beizutragen. Die übergeordneten Ziele des Erweiterungsbeitrags sind der Umweltschutz, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Förderung des Wirtschaftswachstums sowie die Erhöhung der sozialen und öffentlichen Sicherheit. Laut dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten gehört die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten seit den 1990er-Jahren zu den zentralen Pfeilern der Schweizer Interessenpolitik in der Region. In den zehn Mitgliedsstaaten der ersten Osterweiterung (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern) gingen die Projekte 2017 zu Ende, in Rumänien und Bulgarien Ende 2019. Das Programm im jüngsten EU-Staat Kroatien läuft noch bis 2024.

öffentlichen Sicherheit definiert. 116 Millionen Franken flossen in diesen Bereich – die Projekte reichten von der Grenzsicherung über die Modernisierung des Gerichtswesens und die Bewältigung von Naturkatastrophen bis hin zum Kampf gegen Korruption und grenzüberschreitende Kriminalität.

In Polen etwa hat die Schweiz die Ausstattung von Grenzposten und mobilen Grenzkontrollenheiten unterstützt und zur Verbesserung eines Empfangszentrums für Migrantinnen und Migranten beigetragen; in Lettland förderten neue Videokonferenzenanlagen und Audioaufnahmeanlagen in Gefängnissen sowie Gerichtssälen die Modernisierung des Justizwesens; in Ungarn konnte die Reaktion auf Hochwasser dank Schweizer Technologie mit aufblasbaren und mobilen Dämmen sowie der Schulung von Fachpersonen verkürzt werden; in

Rumänien hat die Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega) Weiterbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Luftrettungsdienste organisiert; in Estland entstand mit Unterstützung der Schweiz ein System zur automatischen Nummernschilderkennung für die bessere Bekämpfung von Schmuggel und Steuerbetrug an der Grenze; und in Bulgarien wurde unter anderem der Kampf gegen Menschenhandel unterstützt. Wie von diesen Projekten nicht nur das Partnerland, sondern auch die Schweiz profitierte, zeigt ein Beispiel aus der Praxis.

Gezwungen, in die Schweiz zu reisen

Ein Mann aus Bulgarien zwingt eine Frau dazu, in die Schweiz zu reisen und hier für ihn zu arbeiten. Er sorgt dafür, dass sie sich offiziell anmeldet, überlässt ihr

Auf Patrouille per Schiff auf der Donau: Ein bulgarischer Grenzpolizist hält Ausschau nach Schmugglern.

© Daniel Rosenthal/laif



einen Teil des Einkommens, die Schweizer Behörden können ihm keine Straftat nachweisen. Doch dann macht ihm die bulgarische NGO Animus, die sich für Opfer von Menschenhandel einsetzt, einen Strich durch die Rechnung. Die Organisation hat den Landsmann schon länger auf dem Radar – sie weiss, dass er die Frau manipuliert, dass er sie zur Reise in die Schweiz gezwungen und sie mehrfach körperlich misshandelt hat.

Anhand dieser Information können die Schweizer Behörden eingreifen und den Mann festnehmen. «Dank der Kooperation zwischen den Ländern konnten wir die Frau aus den Fängen des Mannes befreien», sagt Animus-Mitarbeiterin Nadia Kozhouharova. «Aus Schweizer Sicht konnte man nur ein Teil der Geschichte erkennen.» Mit Geldern des Schweizer Erweiterungsbeitrags wurden in den letzten Jahren mehrere Projekte der NGO

Animus unterstützt. Zudem kam es zum Austausch zwischen Polizei und Justiz – Institutionen beider Länder konnten ihr Wissen und ihre Erfahrungen ausbauen.

Interessen der Schweiz

«Von mehr Sicherheit in den neuen Mitgliedsstaaten profitiert auch die Schweiz», sagt Siroco Messerli, Leiter der Abteilung Neue EU-Mitgliedsstaaten bei der DEZA. Die Schweiz hat als Mitglied des Schengen-Raums ein Interesse an verlässlich gesicherten Aussengrenzen, an einer funktionierenden Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung sowie an einem effizienten Justizwesen in den Partnerländern. Schon 2004 schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft zum Erweiterungsbeitrag: «Das Ziel der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas ist im Wesentlichen die Förderung von

Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent und in den Staaten des ehemaligen Ostblocks».

Laut Siroco Messerli habe man bereits bei der Abstimmung zum Erweiterungsbeitrag 2006 damit argumentiert, dass die Herausforderungen der neuen EU-Mitgliedsstaaten im Bereich öffentliche Sicherheit auch die Schweiz betreffen. Damals jedoch sei das Thema Sicherheit noch weit weniger präsent gewesen als heute. Durch die Krise der EU, die zunehmende Migration sowie eine Veränderung der innenpolitischen Sichtweisen habe in der Schweiz ein Paradigmenwechsel stattgefunden. «Früher fusste die Zusammenarbeit der Schweiz mit den Partnerländern ganz klar auf der Idee der Solidarität», sagt Messerli. Heute seien es eher vier Säulen: Solidarität, Wohlstand, Stabilität – und eben das Sicherheitsbedürfnis. Diese Entwicklung haben die von der Schweiz unterstützten Projekte zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit ein Stück weit vorweggenommen.

Doch nicht nur die Erhöhung der inneren Sicherheit ist für die Schweiz von Interesse. Durch die Projekte des Erweiterungsbeitrags konnte sie ihre Beziehungen zu den neuen Mitgliedsstaaten verbessern – und Schweizer Institutionen profitierten vom internationalen Austausch (siehe Artikel S. 17). So sammelten etwa mehrere Kantonspolizeien Erfahrungen, die ihnen bei der täglichen Arbeit von Nutzen sind. Die Zusammenarbeit zwischen den bulgarischen Polizeibehörden und dem Schweizer Bundesamt für Polizei half sogar mit, die Verhandlung des bilateralen Polizeiabkommens zwischen den beiden Ländern zum Abschluss zu bringen. «Die Schweiz hat davon profitiert, dass sie vor Ort besseren Zugang zu Regierungsstellen auf höchster Ebene erhielt», sagt DEZA-Mitarbeiter Siroco Messerli. In der Slowakei oder in Kroatien zum Beispiel hätten die Botschaften durch die Projekte mehr Gewicht erhalten und der zwischenstaatliche Dialog konnte verstärkt werden.



In Zukunft strategischer

Die bisherigen Evaluationen und Prüfungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle stellen den Schweizer Projekten ein grundsätzlich positives Zeugnis aus: Mehrheitlich wurden die Ziele erreicht oder gar übertroffen. Trotz vieler konkreter Erfolge sei es in manchen Bereichen aber schwer, eine nachhaltige Wirkung auf der Systemebene zu erkennen, sagt Debora Kern, Programmbeauftragte bei der Abteilung Neue EU-Mitgliedsstaaten der DEZA. Ein Ziel für einen allfälligen zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten sei es daher, vermehrt grössere Programme mit strategischen Zielen zu realisieren. «Wir wollen uns weniger verzetteln und uns noch stärker auf die Nischen konzentrieren, in denen die Schweiz einen klaren Mehrwert leisten kann», so Debora Kern. Ein gutes Beispiel dafür sind die Projekte im Bereich Menschenhandel in Bulgarien.

Neben der Kooperation mit der Schweizer Justiz hat die bulgarische NGO Animus zusammen mit der Schweizer Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) einen Leitfaden für Identifizierung, Schutz und Unterstützung von Opfern von Menschenhandel erarbeitet. Zudem hat Animus ein speziell auf die Unterstützung von Opfern von Menschenhandel zugeschnittenes Programm entwickelt, eine Hotline eingerichtet und Präventionskampagnen realisiert, um die bulgarische Bevölkerung vor unrealistischen Jobangeboten und den Machenschaften von Menschenhändlern zu warnen.

«Die Schweizer Unterstützung hat uns geholfen, die Qualität unserer Arbeit zu verbessern», sagt Nadia Kozhouharova von Animus. Besonders sei dabei gewesen, dass man nicht einfach ein einzelnes Projekt unterstützt habe, sondern auf mehreren Ebenen Veränderungen anstrebte. «Und wir arbeiteten auf Augenhöhe zusammen», ergänzt die bulgarische NGO-Mitarbeiterin. Neben den Projekten sei so auch ein Verständnis für das andere Land entstanden. ■

Unterschiedliche Herangehensweisen

UNTERSCHIEDLICHE HERANGEHENSWEISEN

Der Erweiterungsbeitrag teilt grundsätzlich die Ziele des EU-Kohäsionsfonds, der zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU beitragen soll. Die Schweiz hat aber eine eigene Herangehensweise gewählt: Die Projekte wurden von den Partnerländern vorgeschlagen, mit diesen bilateral vereinbart und von der Schweiz mittels Finanzierungsentscheid abgesegnet. Die Partnerländer setzten die Projekte eigenständig um und mussten sie in der Regel vorfinanzieren sowie mindestens 15 Prozent der Projektkosten selber tragen. Die Schweiz führte vor der Rückerstattung der Kosten Kontrollen durch und unterstützte die Länder punktuell bei der Umsetzung. Dadurch war die Schweiz näher an den Projekten dran und hat intensiver kontrolliert als etwa die EU.

In Ungarn schützen präzisere Prognosen sowie mobile Dämme, welche ein Schweizer Unternehmen lieferte, 350 000 Personen vor Hochwasser.

© DEZA



«DIE UNTERSTÜTZUNG IST VON STRATEGISCHER BEDEUTUNG»

Laut Sicherheitsexperte Roderick Ackermann werden in Rumänien und Bulgarien seit 20 Jahren Projekte in ähnlichen Bereichen unterstützt. Um einen echten Wandel herbeizuführen, müssten die EU und die Schweiz vermehrt Verantwortung abgeben und lokale Institutionen stärken.

Interview: Christian Zeier



RODERICK ACKERMANN führt als Direktor der Beratungsfirma Evalutility GmbH mit Sitz in England Forschungen und Evaluationen für europäische Institutionen sowie NGOs durch. Seine thematischen Schwerpunkte sind Sicherheit, Justiz, Transparenz und Rechenschaftspflicht, lokale Verwaltung, die Einbeziehung marginalisierter Gruppen sowie soziale Sicherheit. Er hat sich intensiv mit Ländern in Mittel- und Osteuropa, der Türkei sowie dem Kaukasus auseinandergesetzt. Seit 2007 hat er 18 Studien des Europäischen Parlaments sowie zahlreiche Evaluationen des Europarats geleitet oder unterstützt. Für die DEZA leitete Roderick Ackermann 2018 die Evaluation der Schweizer Unterstützung im Bereich Sicherheit an Rumänien und Bulgarien.

Herr Ackermann, wo sehen Sie die grössten Herausforderungen für die Innere Sicherheit Europas?

Da ist einerseits die organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität: Drogen- oder Waffenschmuggel, Menschenhandel sowie zunehmend Onlinekriminalität. Dann ist davon auszugehen, dass die Migration weit oben auf der Agenda bleibt, weil das Thema einen riesigen Einfluss auf die Stabilität Europas hat. Darüber hinaus gibt es einen Trend zum Populismus, der die Rolle der evidenzbasierten Politik untergräbt. Die Themen Fake News, Wahlbeeinflussung oder die bewusste politische Destabilisierung werden zunehmend wichtiger. Und nicht zuletzt haben wir das ungelöste Problem der radikalisierten Europäer in Konfliktgebieten wie Syrien: Lässt man sie zurückkehren? Wie können diese Menschen reintegriert werden?

Unterscheiden sich die Herausforderungen in Rumänien oder Bulgarien von denen westlicher EU-Staaten?

Die externen Risiken ähneln sich: Migration, Menschenhandel oder Drogenschmuggel zum Beispiel. In Rumänien ist zudem Dokumentenfälschung oder Onlinebetrug ein grosses Thema. Was die beiden Länder besonders macht, ist, dass sie am Rand der EU liegen aber nicht Teil des Schengen-Abkommens sind. Das macht sie weniger attraktiv für Migranten als zum Beispiel Griechenland. Es sind daher eher Transitländer.

Und die internen Risiken?

Hier geht es vor allem um fehlende institutionelle Kapazitäten. Bulgarien und Rumänien haben seit Ende der 90er-

Jahre grosse Summen von der EU erhalten, um etwa das Justizsystem oder die Grenzkontrollen zu reformieren. Trotzdem ähneln viele heutige Projekte denjenigen, die während der letzten 20 Jahren unterstützt wurden. Ich will damit nicht sagen, dass es in Rumänien und Bulgarien zum Stillstand gekommen ist – das ist sicher nicht der Fall. Aber es fällt auf, dass immer noch dieselben Arten von Institutionen unterstützt werden wie damals.

«VIELLEICHT SOLLTE MAN KÜNFTIG LOKALEN ORGANISATIONEN MEHR VERANTWORTUNG GEBEN.»

Weshalb?

Die fehlenden institutionellen Kapazitäten lassen sich etwa auf die politische Instabilität, die vielen Regierungswechsel und den damit verbundenen Austausch von Führungspersonal zurückzuführen. Als Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten sind, hatten sie die Vorgaben in den Bereichen Justizreform sowie Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität noch nicht erreicht. Man war in Brüssel besorgt, dass die staatlichen Institutionen durch die organisierte Kriminalität unterwandert würden. Aktuelle Berichte des Kooperations- und Kontrollverfahrens für Bulgarien und Rumänien zeichnen kein rosiges Bild: Zivilgesellschaft und Justiz stehen unter starkem Druck.



Unter Leitung von Experten der Schweizerischen Rettungsflugwacht (Rega) findet in Rumänien eine Grundlagenausbildung zum Thema Sicherheit sowie eine Weiterbildung für Helikopterpiloten statt.

© DEZA

Was bedeutet das für die Schweizer Projekte in diesen Ländern?

Das Umfeld macht es schwerer, Probleme systematisch anzugehen. Die rechtstaatliche Situation bereitet auch den Schweizer Institutionen Unbehagen. Gleichzeitig haben die DEZA-Projekte, die wir in Rumänien und Bulgarien angeschaut haben, einen guten Eindruck auf uns gemacht. Es scheint, als würden sie von sehr kompetenten Leuten geführt. Allerdings stellt sich die Frage, wie sie sich entwickeln, wenn die Schweiz nicht mehr hinschaut.

Die Nachhaltigkeit als grosses Fragezeichen?

Ja, dafür gibt es zahlreiche Gründe. Der erwähnte Wechsel von Personal und politischer Führung ist einer davon. Wenn plötzlich neue Leute mit einer komplett anderen Vision kommen, erschwert das die langfristige Planung – nicht nur bei Schweizer Projekten und auch nicht nur im Bereich Sicherheit.

Die Abhängigkeit von externer Unterstützung dürfte also bestehen bleiben?

Ich sehe nicht, wie sich die politische Situation oder die institutionellen Kapazitäten in nächster Zeit so stark verändern könnten, dass die Unterstützung überflüssig wird. Es geht ja auch nicht nur darum, konkrete Probleme zu lösen. Die Unterstützung der neuen Mitgliedsstaaten ist auch von strategischer Bedeutung. Die Schweiz hat ein Interesse an guten Beziehungen zur EU sowie an der Zusammenarbeit mit Ländern, deren Herausforderungen im Sicherheitsbereich sie selbst betreffen. Man kann sich also fragen, wem es mehr weh tut, wenn die Projekte beendet werden – der Schweiz oder den Partnerländern. Das heisst nicht, dass die einzelnen Projekte nicht nützlich sind. Das sind sie.

Was kann künftig verbessert werden?

Es gab Befürchtungen, dass bei einigen Projekten die strategischen Ziele fehlten. Wenn man die Probleme nicht bei der Wurzel packt, wirkt sich das negativ auf die Nachhaltigkeit aus. Das könnte verbessert werden, indem man weniger isolierte Projekte umsetzt und systemischer arbeitet.

Können Sie dafür ein Beispiel nennen?

Statt Sicherheitspersonal direkt auszubilden, könnte man sich vermehrt auf den Ausbau der nationalen Ausbildungsstrukturen konzentrieren. Dazu braucht es aber einen langen Planungshorizont, was wiederum schwierig ist, wenn es zu vielen Wechsellinien in entscheidenden Positionen kommt. Gleichzeitig ist es wichtig zu bedenken, dass für einige Schweizer Institutionen und deren Partner in Rumänien und Bulgarien eine direkte Zusammenarbeit sehr nützlich ist.

Einerseits möchte man lokale Institutionen stärken, andererseits hat man Angst, dass Gelder missbraucht werden. Das tönt nach einer heiklen Gratwanderung?

Die Schweiz hat das Projektmanagement und die Umsetzung in Bulgarien und Rumänien relativ stark unterstützt. Das ist gut für das Projekt, kann aber die Nachhaltigkeit gefährden. Vielleicht sollte man künftig lokalen Organisationen mehr Verantwortung geben. Dann bestünde zwar die Gefahr, dass sie von der Regierung beeinflusst werden, aber es schafft auch institutionelle Kapazitäten. Bekommt man das nicht hin, bleiben die Probleme noch lange bestehen. ■

POSITIVES FAZIT TROTZ SCHWIERIGER UMSTÄNDE

Weil Rumänien und Bulgarien später zur EU gestossen sind, wurden die dortigen Projekte des Erweiterungsbeitrags erst Ende 2019 abgeschlossen. Ein Überblick zeigt, wie vielfältig die Unterstützung der Schweiz war.

(cz) Die Polizei soll nicht nur bestrafen, sie soll auch gemeinsam mit der Bevölkerung Probleme erkennen und frühzeitig verhindern. Dieses Konzept der bürgernahen Polizei gilt in der Schweiz seit längerem als selbstverständlich – in vielen anderen Ländern jedoch ist es nur schwer vorstellbar. Deshalb hat die Schweiz im Rahmen des Erweiterungsbeitrags ein Projekt zur Polizeireform im ländlichen Rumänien unterstützt.

In knapp hundert Gemeinden nahmen 2500 rumänische Polizistinnen und Polizisten an Schulungen zu Kommunikation und Mediation teil. Polizeioffiziere wurden im Konzept der bürgernahen Polizei weitergebildet, tauschten sich mit Schweizer Berufskollegen aus und

besuchten Sprachkurse, um die Kommunikation mit der Minderheit der Roma zu verbessern. Das Ziel: mehr Sicherheit durch eine bessere Polizei, die näher an der Bevölkerung arbeitet und deren Vertrauen gewinnt.

Von Wirtschaftsförderung bis Umweltschutz

Für Roland Python, Leiter des Büros Erweiterungsbeitrag in Bulgarien und Rumänien, war das Projekt eines der Highlights der Zusammenarbeit mit Rumänien. «Weil die Polizei vermehrt auf Prävention und Dialog setzt, konnte sie ihr Image in den Gemeinden verbessern», sagt er. «Das liegt natürlich nicht

nur an unserer Unterstützung. Aber die Schweiz hat einen Teil dazu beigetragen.»

Die Polizeireform ging im September 2018 zu Ende. Bis Ende 2019 wurden auch alle anderen Projekte im Rahmen des Erweiterungsbeitrags an Rumänien und Bulgarien abgeschlossen. Insgesamt hat Bulgarien 32 und Rumänien 61 Projekte zur Verminderung der wirt-

Ein bulgarisch-schweizerisches Projekt zielt darauf ab, die Kompetenzen bulgarischer Polizeibeamter im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte beim Ausüben ihres Jobs zu erhöhen.

© Ivo Danchev



schaftlichen und sozialen Ungleichheiten umgesetzt. Einige davon waren in Thematischen Fonds gruppiert: Sicherheit, Zivilgesellschaft, Partnerschaften, Integration von Roma und anderer benachteiligten Gruppen, Gesundheit sowie Forschung und Stipendien. Zur Stärkung der rumänischen Wirtschaft wurde etwa die Berufswahlorientierung von Schülerinnen und Schülern verbessert, während KMUs erleichterten Zugang zu Krediten erhielten. In Bulgarien unterstützte die Schweiz nicht nur die umweltgerechte Entsorgung giftiger Pflanzenschutzmittel, sondern auch die Einführung des Spitexsystems zur Betreuung älterer Menschen und Personen mit chronischen Erkrankungen.

«Wir können zufrieden sein mit dem, was wir erreicht haben», sagt Büroleiter Roland Python. Einen grossen Anteil am guten Abschneiden haben für ihn die Partnerschaften mit Schweizer Institutionen. In zahlreichen Projekten hätten staatliche und private Organisationen ihr Wissen eingebracht und so einen grossen Mehrwert für Rumänien und Bulgarien geschaffen. Zudem profitierten sie selbst vom Austausch (siehe Artikel S. 17).

Auch eine externe Evaluation der Sicherheitsprojekte kommt zu einem grundsätzlich positiven Fazit. Die Schweizer Unterstützung sei relevant und qualitativ gut gewesen, da sie den europäischen Sicherheitsprioritäten entspreche und Bedürfnisse der Empfängerländer adressiert habe. In Rumänien etwa hätten die Projekte zu Verbesserungen in den Bereichen Polizei, Asyl, Justiz und investigativer Journalismus geführt – in einigen Bereichen sind die erwarteten Veränderungen laut Evaluation aber auch ausgeblieben. Insgesamt wird die Flexibilität der Schweiz bei der Umsetzung gelobt. Kritik gibt es vor allem an der sehr breiten Ausrichtung der Projekte.

Welche langfristigen Folgen die Schweizer Unterstützung haben wird, lasse sich laut Roland Python nur schwer abschätzen. Bei einigen Reformen sei bereits jetzt ersichtlich, dass das Engagement zu

positiven Systemänderungen beitragen konnte – ein systematisches Monitoring durch die Schweiz werde es jedoch nicht geben. Anders als bei der klassischen Entwicklungszusammenarbeit hätten die Partnerländer die Verantwortung für die Projekte. «Wir haben sie lediglich unterstützt», so der DEZA-Mitarbeiter. «Die Länder haben die Projekte vorgeschlagen und umgesetzt. Sie müssen sie nun weiterführen.»

Eng begleitete Umsetzung

Dass das Erreichte nicht selbstverständlich ist, zeigt die schwierige rechtsstaatliche Lage in den beiden Ländern (siehe Randspalte). «Natürlich ist es heikel, einem Land Millionen Franken Steuer-gelder anzuvertrauen, wenn wir nicht sicher sein können, dass die staatlichen Strukturen funktionieren», sagt dazu Debora Kern, Programmbeauftragte bei der Abteilung Neue Mitgliedsstaaten der DEZA. Offene Grenzen und schlecht funktionierende Institutionen im Osten der EU betreffen aber auch die Schweiz. Der Erweiterungsbeitrag sei daher ein Mittel gewesen, um in dieser Hinsicht etwas zu verbessern, so Debora Kern. «Wir waren uns der Risiken bewusst und haben Vorkehrungen getroffen».

Die Schweiz war während der gesamten Zeit vor Ort präsent, hat die Umsetzung eng begleitet und die Gelder verwaltet. Diese Nähe habe einerseits die Kontrolle erleichtert und Korruption verhindert, sagt Roland Python, der die Büros für den Erweiterungsbeitrag in Bulgarien und Rumänien geleitet hat. Andererseits sei man auf die Bedürfnisse der Partnerländer eingegangen und habe Vertrauen aufbauen können. So entstanden gute Beziehungen, die über das Ende des Erweiterungsbeitrags hinaus bestehen bleiben. ■

VON ORDENTLICH BIS BESORGNISERREGEND

Sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien sind Zivilgesellschaft und Rechtsstaat unter Druck. Beide Länder hatten bei ihrem EU-Beitritt notwendige Reformen, etwa im Justizbereich, noch nicht abgeschlossen. Bulgarien ist zudem nicht nur das ärmste Land der EU, sondern laut Korruptionsindex von Transparency International auch eines der korruptesten. Das Land habe deutliche Fortschritte erzielt und arbeite an der Umsetzung der Empfehlungen, heisst es im jüngsten EU-Bericht zur Justizreform und zur Korruptionsbekämpfung. Gegenüber Rumänien hingegen hat die EU erneut «Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit» angemeldet. Die Entwicklung sei besorgniserregend.



MIT WISSENSAUSTAUSCH ZU MEHR SICHERHEIT

Ein wichtiger Teil des Erweiterungsbeitrags waren Partnerschaften zwischen Institutionen in der Schweiz und in den EU-Mitgliedsstaaten. Die Schweizer Expertise war gefragt, vom Wissensaustausch profitierten aber meist beide Seiten.

(cz) An diesem Mittwoch im Frühling 2019 schliesst sich in Basel ein Kreis. An der Bundesstrasse, im zweiten Stock der Villa Crescenda, geben Mitarbeiter des rumänischen Investigativ-Teams RISE Project einem Schweizer Fachpublikum Einblick in ihre Arbeit. Es ist der letzte von sechs Workshops, den die Journalistinnen und Journalisten aus Rumänien zusammen mit dem Basel Institute on Governance organisieren. Sie sind Teil eines Projekts, das den investigativen Journalismus in Rumänien gestärkt hat, um die Öffentlichkeit besser über organisierte Kriminalität und Korruption aufzuklären. Was 2014 als Weiterbildung der rumänischen Partner durch das Basel Institute begonnen hat, endet nun mit einer Weiterbildung von Schweizer Kollegen.

Expertise ist gefragt

In den 13 neuen EU-Mitgliedsstaaten sind im Rahmen des Erweiterungsbeitrags zwischen 2012 und Ende 2019 mehrere hundert solcher Partnerschaften entstanden. Private oder staatliche Institutionen aus der Schweiz gaben ihr Wissen weiter, stärkten die Vernetzung in Europa und förderten den Erfahrungsaustausch in Bereichen wie Umwelt- und Klimaschutz, Berufsbildung, Forschung, Gesundheits- und Sozialwesen oder Sicherheit. «Die Partnerschaftsprojekte waren ein grosser Mehrwert des Schweizer Erweiterungsbeitrags», sagt Siroco Messerli, Leiter der Abteilung Neue EU-Mitgliedsstaaten bei der DEZA.

Im Sicherheitsbereich haben international renommierte Institutionen wie die Schweizerische Rettungsflugwacht (Rega) oder das Basel Institute on Governance ihr Wissen weitergegeben. Besonders hervorheben möchte Siroco Messerli zudem den Austausch zwischen den Sicherheitskräften im Bereich Menschenhandel. So nahmen etwa Schweizer Kantonspolizisten an Weiterbildungen in Rumänien teil, schärften ihr Verständnis für den dortigen Kontext und sahen, woher die Opfer von Men-

Ein Opfer von Menschenhandel in einem bulgarischen Transitzentrum.
© Ivo Danchev

Rumänische und Schweizer Journalistinnen und Journalisten tauschen sich während einem Workshop über Recherchen im Finanzbereich und zu grenzüberschreitender Kriminalität aus.

© Basel Institute on Governance

schenhandel stammen. Ihre rumänischen Kolleginnen und Kollegen besuchten derweil die Schweiz und erfuhren unter anderem von Landsleuten, wie diese in die Schweiz gelangt sind. «Es war eine klassische Win-Win-Situation», sagt die selbstständige Beraterin Magali Bernard, die Sicherheitsprojekte und Partnerschaften in Rumänien und Bulgarien evaluiert hat. Beide Seiten hätten von der Partnerschaft profitiert und voneinander gelernt.

Opferhilfe in Polen

Laut Magali Bernard haben die Partnerländer die Zusammenarbeit mit den Schweizer Institutionen sehr positiv wahrgenommen. Besonders hervorgehoben hätten sie etwa das föderale System der Schweiz, das Kooperationen durch seine zahlreichen Ansprechpartner herausfordernder gestaltet, gleichzeitig aber auch zu flexiblen und vielfältigen Lösungsansätzen führt. Zudem seien die Schweizer Partner praxisorientiert gewesen und hätten den Projekten durch ihre international anerkannte Expertise eine positive Visibilität verliehen. «Die Projekte kamen auch deshalb gut an, weil die Schweiz in den entsprechenden Bereichen einen guten Ruf genießt», sagt die Expertin. So etwa beim Thema Verkehrssicherheit.

Um die Anzahl der Verkehrstoten in Polen zu reduzieren, kam es zwischen 2012 und 2016 zum Erfahrungsaustausch zwischen schweizerischen und polnischen Polizeikadern. Zudem führte das Land eine Opferhilfe nach Schweizer Vorbild ein. Zusammen mit anderen Verkehrssicherheitsinitiativen trug das Engagement dazu bei, die Zahl der Ver-



kehrstoten zwischen 2012 und 2015 um 17 Prozent zu senken.

Vorteile für die Schweiz

Doch nicht nur die EU-Mitgliedsstaaten haben von den Partnerschaften profitiert, sondern auch die Schweizer Institutionen. Diese wurden international positiv wahrgenommen und konnten ihr Netzwerk ausbauen. Besonders hilfreich seien zudem die praktischen Erfahrungen in den Partnerländern gewesen, so Magali Bernard. Die Schweizer Polizistinnen und Polizisten konnten in Rumänien nicht nur ihr Netzwerk verbessern und mehr über die Umstände vor Ort erfahren – einige der Beamten nahmen sogar an Sprachkursen teil, um zurück in der Schweiz einen besseren Draht zu betroffenen Menschen zu haben. «Die Realität in den Ursprungsländern des Menschenhandels zu verstehen, ist ein wichtiger Aspekt für die Polizei», sagt die selbstständige Expertin. «An solch praxisnahe Erfahrungen kommen die Beamten sonst kaum.»

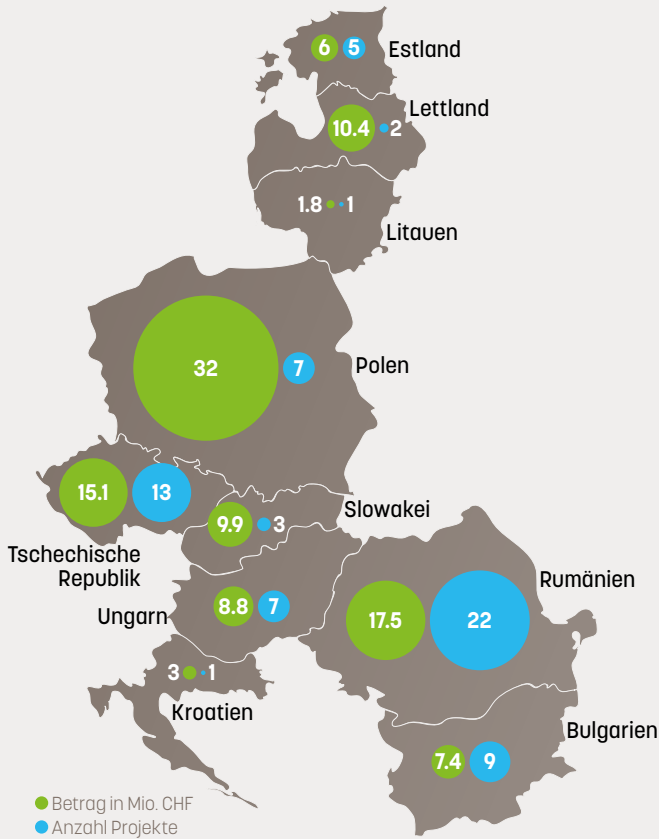
Aufgrund dieser positiven Erfahrungen ist es naheliegend, dass die Schweiz bei einem allfälligen zweiten Beitrag noch stärker auf Partnerschaften und Schweizer Interessen setzen würde. Aus diesem Grund wurde bereits eine Abklärung durchgeführt, um herauszufinden, was die Prioritäten von Schweizer Institutionen bei der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit sind.

Dabei zeigte sich, dass sich die Themen weitgehend mit denjenigen decken, die bereits im Erweiterungsbeitrag behandelt wurden: Menschenhandel, Grenzmanagement, Korruption, Modernisierung des Gerichtswesens oder polizeiliche Zusammenarbeit. Neu hinzu kommen Cybersicherheit und Cyberkriminalität. Ziel sei es nun, mögliche Partnerinstitutionen frühzeitig zu identifizieren und vorzubereiten, sagt Magali Bernard. So könne man die richtigen Partner von Beginn weg einbinden. ■

FACTS & FIGURES

Schweizer Investitionen

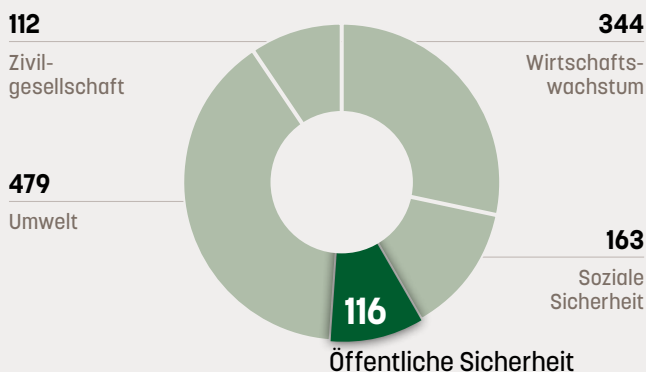
So viel hat die Schweiz seit 2012 in die öffentliche Sicherheit der neuen EU-Mitgliedsstaaten (ohne Malta, Slowenien, und Zypern) investiert:



«Kein Land kann seine Bürgerinnen und Bürger alleine vor internationaler und organisierter Kriminalität schützen.»

Fabrice Leggeri, Direktor der EU-Grenzschutzagentur Frontex

Schwerpunkte des Erweiterungsbeitrags (in Mio. CHF)



Schlüsselzahlen

- In den **13** neuen Mitgliedsstaaten, die seit 2004 der EU beigetreten sind, leben über **100** Millionen Menschen. Das ist **ein Fünftel** der gesamten EU-Bevölkerung.
- In den Partnerstaaten ist jeder vierte Jugendliche zwischen **15** und **24** Jahren arbeitslos.
- Die durchschnittliche Kaufkraft der **13** Länder beträgt etwas mehr als **40%** der Schweizer Kaufkraft.
- Der Schweizer Erweiterungsbeitrag fördert rund **300** Projekte in den **13** Staaten.
- Die Partnerstaaten tragen in der Regel mindestens **15%** der Projektkosten selbst.
- Die EU-Grenzschutzagentur Frontex hat 2018 **150 000** illegale Grenzübertritte registriert.
- In den Jahren 2015/16 zählte die EU-Kommission mehr als **20 000** Betroffene von Menschenhandel in der EU. Die Dunkelziffer dürfte sehr hoch sein.
- **56%** Prozent des Menschenhandels zielt auf sexuelle Ausbeutung, **26%** auf die Ausbeutung von Arbeitskräften.
- 2017 haben EU-Zollbehörden **409** Tonnen Drogen und **3,3** Milliarden Zigaretten beschlagnahmt.

Quellen und Links

www.erweiterungsbeitrag.admin.ch

Auf der eigens dafür eingerichteten Seite publiziert der Bund Neuigkeiten und Hintergründe zum Schweizer Erweiterungsbeitrag.

www.europol.europa.eu

Die EU-Polizeibehörde Europol publiziert regelmässig Berichte zu Trends und Schwerpunkten der europäischen Verbrechenbekämpfung. Darunter etwa das Serious and Organised Crime Threat Assessment, die bislang umfassendste Studie zu schwerer und organisierter Kriminalität in der EU.

www.ndb.admin.ch

Der Nachrichtendienst des Bundes publiziert jährlich einen Lagebericht zur Sicherheit der Schweiz

www.frontex.europa.eu

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache publiziert regelmässig Analysen und Berichte zum Thema Migration und Grenzschutz in der EU.

<https://ec.europa.eu> (The reports on progress in Bulgaria and Romania)

Weil Bulgarien und Rumänien bei ihrem EU-Beitritt die Vorgaben in den Bereichen Justizreform sowie Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität (Bulgarien) noch nicht erreicht hatten, publiziert die EU im Rahmen eines Kontrollverfahrens regelmässig einen Lagebericht.



EIN LAND IM AUSVERKAUF

Laos ist eines der ärmsten Länder in Südostasien. Doch die laotische Regierung hat grosse Ambitionen. Sie will Laos zur Batterie Asiens machen. Ein chinesischer Hochgeschwindigkeitszug soll das arme Land zudem mit Tempo in die Zukunft katapultieren. Doch all das hat einen hohen Preis für die Bevölkerung.

Text: Karin Wenger

Entlang der Ufer des beschaulichen Städtchens Luang Prabang steuert Fischer Pön sein kleines Boot über den schlammig braun verfärbten Mekong. Der Fluss ist die Lebensader von rund 60 Millionen Menschen in Südostasien. Letzten Sommer war er auf einen historischen Tiefstand gesunken – denn der Monsunregen hatte ungewöhnlich spät eingesetzt und das Klimaphänomen El Niño hatte zu hohen Temperaturen in vielen südostasiatischen Ländern und damit zu Trockenheit und Wasserknappheit in der Mekong-Region geführt. Doch das sind nicht die einzigen Gründe für den tiefen Wasserstand. Unberechenbar sei der Fluss geworden, sagt Fischer Pön: «Der Wasserstand verändert sich oft schnell. Schuld daran sind die Dämme! Erst kürzlich wurden alle unsere Gemüseärten am Ufer überflutet, weil sie die Schleusen geöffnet hatten. Und früher habe ich hier zehn Kilo Fisch pro Tag gefangen, jetzt muss ich froh sein, wenn ich ein oder zwei Kilo im Netz finde.»

Batterie Asiens

Von China bis nach Vietnam entstehen Dämme und Wasserkraftwerke am Mekong und seinen Nebenflüssen. Die kommunistische Regierung von Laos hat sich dabei vor rund zehn Jahren ein Ziel gesetzt: Laos soll die Batterie Asiens werden. Das südostasiatische Land hat keinen Meereszugang und gehört zu den ärmsten der Region. Doch seit Jah-

ren holt das autokratische Regime des Landes ausländische Investoren nach Laos, um Dämme und Flusskraftwerke zu bauen. Mehr als 150 Staudämme und Flusskraftwerke sind geplant, Dutzende wurden bereits gebaut.

Das Xayaburi-Flusskraftwerk, ein 1285-Megawatt-Projekt am Unterlauf des Mekong, wurde letzten Oktober fertiggestellt. Die finnisch-schweizerische Ingenieurs-Firma Pöyry hatte die Bauarbeiten überwacht. Seit Baubeginn ist das Flusskraftwerk umstritten, genauso wie viele andere Projekte am Mekong und seinen Nebenflüssen.

Bei vielen Projekten würden Sicherheits- und Umweltstandards entweder nicht eingehalten oder ungenügend überprüft, warnen Umweltaktivisten schon lange. So kritisiert Witoon Permpongsacharoen, Direktor des Mekong Energy and Ecology Networks, einer Organisation, die den Energiesektor in Asien kritisch beobachtet: «Der Fluss gibt den Menschen Fische und führt nährstoffreiche Sedimente, die wichtig sind für die Landwirtschaft. Das Xayaburi-Kraftwerk und die anderen Kraftwerke, die am unteren Flusslauf geplant sind, werden die Fischwanderung blockieren, die Sedimente zurückhalten und den Flussverlauf verändern.» Die Betreiber von Xayaburi jedoch kontern, ihre Fischleitern würden die Migration von Fischen ermöglichen, und Sedimente könnten ungehindert durchfliessen.

LAOS' VERKAUFTE FRAUEN

Viele Chinesen suchten in den letzten Jahren in Laos nicht nur Einkommen und Arbeit, sondern auch eine Frau. Mithilfe von Mittelsmännern besuchen sie Dörfer, wo arme Eltern ihre Töchter für bis zu 5000 Franken verkaufen. Niemand weiss, wie viele laotische Frauen in den vergangenen Jahren nach China verkauft wurden, doch das Problem sei gross und werde immer grösser, sagt Jürgen Thomas, der Direktor der NGO Alliance Anti Traffic, die gegen Menschenhandel kämpft: «Sind die Frauen einmal in China, nehmen ihnen ihre Männer die Pässe weg, werden sie oft geschlagen, müssen bis zu 18 Stunden im Familienbetrieb arbeiten und Kinder kriegen. Wird eine Frau nicht schwanger, wird sie weiterverkauft, andere werden für alle anderen Männer in der Familie als Sexsklavinnen gehalten.» Die laotische Regierung ist sich des wachsenden Problems bewusst, hat ihre Grenzkontrollen verschärft, ihre Aufklärungskampagnen ausgeweitet und jenen hohe Strafen angedroht, die ihre Töchter verkaufen.

Naher des Städtchens Luang Prabang entsteht eine Brücke über den Mekong.

© Liu Ailun Xinhua/eyevine/afif

Doch es gibt nicht nur ökologische Bedenken. Die Frage ist auch, wieviel wird die laotische Bevölkerung von den Kraftwerken wirklich profitieren? So sollen beinahe 100 Prozent des Stroms von Xayaburi in Zukunft nach Thailand fließen. Bauherr, Betreiber und Investoren des über 4 Milliarden Dollar teuren Kraftwerks kommen ebenfalls aus dem Nachbarland. Laos wird dafür in den kommenden dreissig Jahren mehr als 3,5 Milliarden Franken an Konzessionsgeldern einstreichen. Laut dem Korruptionsindex von Transparency International gilt Laos jedoch als hochkorrupt. Wie viel des Geldes zur Bevölkerung durchsickern wird, ist fraglich.

Ein Unfall mit Folgen?

Die Dämme und Flusskraftwerke in Laos werden mit Hochdruck vorangetrieben. Das birgt nicht nur ökologische Risiken. Im Juli 2018 brach ein Hilfsdamm in der südöstlichen Provinz Attapeu. Schätzungsweise fünf Milliarden Tonnen Wasser, so viel wie ein Zehntel des Bodensees, fluteten mehrere Dörfer. Dutzende Personen starben, Hunderte wurden danach vermisst, Tausende mussten fliehen. Der Damm und das dazugehörige Flusskraftwerk standen kurz vor

der Inbetriebnahme und wurden mit südkoreanischen, thailändischen und laotischen Investitionen gebaut. Mit einem Schlag wurde deutlich, wie ungenügend die Überwachung und Kontrolle dieser Megaprojekte, die oft in abgelegenen Gebieten gebaut werden, ist.

Die laotische Regierung versprach den Fall zu untersuchen und kündigte an, alle Dämme, die zurzeit im Bau seien, auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Neue Projekte würden bis auf Weiteres nicht bewilligt. Der Dammbbruch warf ganz grundsätzlich ein Schlaglicht auf die umstrittene Energiepolitik in Laos. Er sei ein Weckruf für die Regierung, sagte damals Micah Ingalls, der in Laos für das Zentrum für nachhaltige Entwicklung und Umwelt der Universität Bern forscht: «Der Dammbbruch zeigt die sozialen Risiken und jene für die Umwelt. Die Regierung hat in den letzten Jahren alles unternommen, um die Batterie Südostasiens zu werden, und sie diskreditierte alle Umweltorganisationen, die vor Risiken warnten, als irrational und reaktionär. Das geht nach dieser Katastrophe nicht mehr.» Die laotische Regierung scheint jedoch nicht vorsichtiger zu werden mit ausländischen Investoren, sondern im Gegenteil – sie empfängt sie mit offenen Armen.

Mit Hochgeschwindigkeit in die Zukunft

Ausserhalb der laotischen Hauptstadt Vientiane erklimmen ein paar Wasserbüffel des Bauern Volong die Böschung eines neu angelegten Bahntrassees. Doch zuoberst, wo einst die Geleise hinkommen werden, gibt's nur Kies und Schotter. Die Büffel drehen um und staksen langsam wieder zum Reisfeld hinunter. Die Strecke für den Hochgeschwindigkeitszug, die seit drei Jahren im Bau ist, ist Teil von Chinas Belt-and-Road-Initiative, der neuen chinesischen Seidenstrasse. Der Zug soll in Zukunft von der chinesischen Stadt Kunming bis nach Singapur führen. 400 Kilometer lang wird die Strecke, die fast zur Hälfte durch Berge führt und deshalb den Bau von mehr als 70 Tunnels bedingt. Voraussichtliche Baudauer: fünf Jahre.

Gegen den Zug an und für sich hat Bauer Volong nichts einzuwenden. Und das obwohl er ein Drittel seiner zwei Hektaren Land an die Baustelle abtreten musste und die Bahnlinie mitten durch seine Felder führt. «Die kommunistische Regierung habe gesagt, die Bahnlinie sei wichtig, um Laos zu modernisieren. Das verstehe ich», sagt Volong. Doch für sein verlorenes Land wurde er auch drei Jahre





nach Baubeginn noch nicht entschädigt. In einem Land, in dem jede Kritik an der Regierung und jede Forderung gefährlich werden kann, übt sich Bauer Volong deshalb in Geduld.

Tief in Chinas Schuld

Mit dem Bahnprojekt hat sich Laos schwer verschuldet – zu schwer, kritisiert Ian Baird, Laos-Spezialist und Professor an der Universität Wisconsin-Madison. Er glaubt, dass nicht Laos, sondern China, das so seine Handelsroute nach Singapur ausbaut, am meisten vom Hochgeschwindigkeitszug profitieren wird. So belaufen sich die Kosten für die Bahnstrecke auf schätzungsweise 6 Milliarden Franken, was knapp der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von Laos entspricht. China übernimmt 70 Prozent der Kosten, Laos den Rest. Ein Teil davon finanziert das arme Land aus dem Staatshaushalt. Den grössten Teil leiht sich die Regierung zu hohen Zinsen von China aus.

Flusskraftwerke am Oberlauf machen den Mekong für die Lokalbevölkerung unberechenbar (links). Drei Jahre nach Baubeginn des 400 Kilometer langen Bahntrassees zwischen Kunming und Singapur, wartet Bauer Volong (oben) noch immer auf die Entschädigung für sein verlorenes Land.

© Sergey Ponomarev/NYT/Redux/laif
© Karin Wenger

Bereits jetzt verdienen vor allem chinesische Bauunternehmen, die mit ihren Arbeitern und Maschinen nach Laos gekommen sind, vom Grossprojekt. Falls die laotische Regierung den chinesischen Kredit nicht zurückzahlen könne, habe das gravierende Folgen, glaubt Professor Baird: «Dann würde Laos seine Schulden wahrscheinlich mit Bodenschätzen begleichen müssen. Die Regierung würde China Lizenzen für Bergbau, Plantagen oder Wasserkraftwerke geben. China benutzt also seine wirtschaftliche Macht, um wohl auch politischen Einfluss in Laos zu gewinnen.»

Auf der Baustelle ausserhalb von Vientiane, ist Bauer Volong auf das Bahnrassie gestiegen. Die Schotterpiste führt bis an den Horizont. Volong zeigt in die Ferne und sagt: «Irgendwann will ich auch mit diesem schnellen Zug reisen. In eine andere Provinz oder vielleicht bis nach China.» Viele laotische Bauern reisten bereits heute aus dem Land – nicht mit dem Schnellzug, sondern per Bus, sagt ein Vertreter der Provinzregierung in Luang Prabang. Diese Bauern hätten das Vertrauen in ihre Regierung längst verloren. Ihnen bleibe nur noch ein Ausweg: «Sie verlassen das Land und suchen in Thailand Arbeit auf dem Bau. Manche Dörfer in Laos sind bereits leer, oder es leben nur noch Kinder dort und Alte.» ■

Karin Wenger ist SRF-Südostasien-Korrespondentin und lebt in Bangkok.

LAOS IN KÜRZE

Name

Demokratische Volksrepublik Laos

Staatsform

Volksrepublik

Fläche

236 800 km²

Bevölkerung

7.2 Millionen

Hauptstadt

Vientiane

Ethnien

Landesweit gibt es 49 Ethnien, die grössten davon sind Laoten (53,2%), Khmu (11%), Hmong (9,2%) und Phouthay (3,4%)

Sprachen

Amtssprache ist Lao (Laotisch), eine mit dem Thailändischen eng verwandte Sprache. Zudem gibt es Minderheitensprachen wie Khmu, Hmong, Kambodschanisch (Khmer) und das tibetobirmanische Lolo.

Religion

Buddhisten (64,7%)
Christen (1,7%)
Konfessionslos (31,4%)
Andere (2,2%)



Aus dem Alltag von ...

MICHAL HARARI

VERANTWORTLICHE FÜR GOUVERNANZ-PROGRAMME IM KOOPERATIONSBÜRO VIENTIANE, LAOS

Aufgezeichnet von Samuel Schlaefli

Generell ist die Dezentralisierung in Laos noch ganz am Anfang. In 19 Provinzen mit 148 Distrikten – letztere kann man mit unseren Gemeinden vergleichen – fehlt bislang eine Regierungsführung auf lokaler Ebene mit klaren Zuständigkeiten und den dafür erforderlichen Ressourcen. Laos ist ein kommunistischer Einparteien-Staat und formal sehr zentralistisch regiert. Die Macht liegt bei den Parteikadern. Vertreter der Ministerien setzen die Politik der Zentralregierung



in den Provinzen um. Sie kennen die regionalen Umstände und den Bedarf der dortigen Bevölkerung meist nicht im Detail.

Unsere Programme zielen deshalb auf die Stärkung der lokalen Gouvernanz und leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung auf dem Land. Für eine bessere Versorgung der ländlichen Bevölkerung und mehr Mitbestimmung bei der Verwaltung reicht es jedoch nicht aus, öffentliche Aufgaben an Lokalregierungen zu übertragen. Auch die stark begrenzten finanziellen Mittel müssen bedarfsgerecht verteilt werden. Deshalb organisieren wir aktuell einen zweitägigen Workshop mit Verantwortlichen der nationalen Ministerien, Vertretern

aus zwei Provinzen sowie Repräsentantinnen der Vereinten Nationen und Entwicklungsorganisationen. Wir wollen das Verständnis der Finanzbeziehungen zwischen der zentralen und den lokalen Ebenen sowie den Erfahrungsaustausch zwischen Vertreterinnen dieser Ebenen fördern.

Im Rahmen des Fonds für Armutsminderung (PRF) unterstützen wir in Kooperation mit der Weltbank lokale Planungsprozesse mit Bürgerbeteiligung. Dabei werden in den Kommunen kleine Infrastrukturprojekte umgesetzt, wie der Bau von Krankenstationen, Schulen und Kindergärten. Wichtiger als die Infrastruktur selbst ist die Beteiligung der Dorfbewohnerinnen bei der Planung und teilweise auch bei der Umsetzung der Bauprojekte in ihrem Ort. Einige dieser Projekte befinden sich in der Provinz Salavan im Süden von Laos. Bald werde ich gemeinsam mit Kollegen der Weltbank dorthin fahren und mit Provinz- und Distriktbehörden über die Ergebnisse des PRF-Engagements sprechen. Wir werden auch die Dorfbewohnerinnen danach befragen, wie zufrieden sie mit der neuen Infrastruktur sind sowie den Möglichkeiten, sich selbst in die Prozesse für deren Bau einzubringen.

Laos ist mein erster DEZA-Posten im Ausland und eine komplett neue Erfahrung. Ich habe Politik- und Islamwissenschaften studiert und war zuvor Programmbeauftragte für Humanitäre Hilfe in Nordafrika. Das alltägliche Leben in Vientiane ist angenehm und sicher. Die Stadt ist relativ überschaubar, liegt direkt am Fluss Mekong an der Grenze zu Thailand und ist voller Street-Food-Restaurants, wo Klebreis mit Fleisch, Fischsauce und viel Chili serviert wird. Die Gesundheitsversor-

gung hat sich in den vergangenen Jahren zwar verbessert, aber für wichtige Untersuchungen oder Behandlungen reisen wir noch immer nach Thailand. Auch die Auswahl an lokal erhältlichen Produkten ist heute viel grösser als früher, so zum Beispiel Produkte für unser Baby, die meine Vorgängerinnen noch selbst importieren mussten. Leider konnte ich mir trotz anfänglicher Sprachkurse nur geringe Laotisch-Kenntnisse aneignen. Diese Sprachbarriere fällt ab kommenden Sommer wieder weg. Dann ziehe ich mit meiner Familie nach Kairo um, wo mir die Sprache vertrauter ist. ■

STÄRKUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Die Zivilgesellschaft in Laos ist im Vergleich zu den Nachbarländern Kambodscha, Myanmar und Vietnam noch wenig ausgeprägt. «Von den rund 150 registrierten Organisationen arbeiten geschätzt 90 Prozent in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Grundversorgung für die ländliche Bevölkerung», sagt Michal Harari. «Die Regierung ist sehr sensibel, und unser Aktivitätsradius ist im Vergleich zu Gouvernanz-Programmen in anderen Ländern stark eingeschränkt.» Der Aufbau einer aktiven laotischen Zivilgesellschaft erfordert deshalb einen langen Atem. «Aber es gibt durchaus Spielräume, um das zivile Engagement, den Rechtsstaat und die Menschenrechte zu stärken.» Die DEZA bietet Fortbildungen und Coachings für Akteure der Zivilgesellschaft an, sie fördert den Erfahrungs- und Wissensaustausch untereinander und stellt kleine Anschubfinanzierungen für Projekte bereit.

Stimme aus Laos

BLEIBT BEHARRLICH, HÖRT NICHT AUF ZU LERNEN!

Nach der Grundschule in unserem Dorf mussten wir in die Sekundarschule am Fuss des Berges. Damals gab es weder Strassen noch Pfade. Zu dritt oder viert machten wir uns jeweils am Sonntag auf den Weg durch den Wald und über Felsen. Unsere Eltern bauten uns eine kleine Hütte, in der wir unter der Woche wohnten. Freitagnachmittag machten wir uns dann wieder auf den Heimweg. Es war eine harte Zeit, kein Erwachsener kümmerte sich um uns, Telefone gab es nicht, die ganze Woche

waren wir ohne Kontakt zu unseren Familien.

An den Wochenenden halfen wir bei der Arbeit im Haus, auf dem Feld und im Wald. Meine Eltern hatten weder Geld noch Essensvorräte – so sammelten wir im Wald Nahrung und Holz für die nächste Woche. Viele meiner Schulkameraden brachen die Schule ab. Den meisten Eltern, auch meinen, war nicht bewusst, wie wichtig eine Ausbildung ist. Sie wollten, dass ich aufhöre, um ihnen zu helfen. Finanziell konnten sie mich nicht unterstützen, manchmal gaben sie mir Reis und Gemüse, aber meistens musste ich selber schauen, wie ich über die Runden kam.

Ich gehöre zu einer ethnischen Minderheit der Hmong. Schulmaterial und Unterricht waren auf Laotisch. In der Primarschule wurde alles noch auf Hmong erklärt, ab der Sekundarstufe mussten wir dann Laotisch sprechen und schreiben. Erst der Kontakt mit den laotisch-sprachigen Mitschülern machte mir mein Anderssein bewusst. Bis heute merkt man, dass Laotisch nicht meine Muttersprache ist. Mein Akzent und meine Aussprache unterscheiden sich sogar von den Hmong-Völkern in anderen Regionen.

Nach dem Gymnasium wusste ich einzig, dass ich weiter lernen wollte. Ein Lehrer schlug vor, mich an der Universität in der Hauptstadt Vientiane für einen Studienplatz zu bewerben. Die Aufnahmeprüfung fand in einem Dorf mit dem Namen KM52 statt, welches mein Vater und ich auf dem Motorrad nach sieben Stunden Fahrt endlich fanden. Ich kam gerade noch rechtzeitig, um die Prüfung abzulegen, und wurde aufgenommen – als einzige aus meiner Klasse. Die ersten Wochen, weit weg von

zu Hause an der Nationalen Universität Laos, waren hart. Doch mit der Zeit hatte ich Freunde, und schon bald waren wir eine ganze Gruppe. Wir unterstützten uns gegenseitig beim Lernen und auch darin, uns in der neuen Umgebung zurechtzufinden. Ich studierte Computerwissenschaften, dabei hatte ich bis dahin nie etwas mit Computern zu tun gehabt und hatte selber auch keinen. Nur im Labor konnte ich einen Computer benutzen – zusammen mit drei bis vier anderen Studenten. Ich habe Webseiten und Datenbanken entworfen und alle Codes von Hand aufgeschrieben. Inzwischen habe ich meine erste offizielle Stelle als IT-Assistentin (siehe Box).

Meine Eltern leben immer noch als Bauern oben auf dem Berg. Alle zwei Wochen besuche ich sie. Mein Gehalt erlaubt es mir, weiter zu lernen, meinen Eltern finanziell zu helfen und meiner Schwester den Schulbesuch zu ermöglichen. Das macht mich stolz und hoffnungsvoll für die Zukunft unserer Familie. Wenn ich anderen Menschen, die in Armut leben und mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind, wie ich es damals war, einen Rat geben könnte, würde ich sagen: Seid geduldig, beharrlich, und hört nicht auf zu lernen. Es wird immer Hindernisse geben, manchmal scheinen sie unüberwindlich, aber wenn man vorwärts schaut und nicht aufgibt, kann man im Leben erfolgreich sein. Ich bin ein gutes Beispiel. Ich hatte eine schwierige Kindheit, ich habe extreme Armut erlebt, aber ich musste weitermachen, weil ich wusste, dass es für mich und meine Familie gut sein würde. ■



MS BAIMOUA stammt aus einer kleinen ethnischen Untergruppe der Hmong, welche einzig Vornamen, jedoch keine Familiennamen kennt. Die 28jährige arbeitet als IT-Assistentin im Projekt Knowledge for Development in Laos beim Interdisziplinären Zentrum für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern. Die dabei vorgenommene Bestandesaufnahme von Grundstücken liefert Informationen über Landkonzessionen und die Landnutzung, welche politische Entscheidungsträger darin unterstützen, das Land aus seinem Status als eines der wenigsten entwickelten Länder und aus der Armut herauszuführen. In ihrer Freizeit trifft sich Ms Baimoua gerne im Freundeskreis und hilft ihren Eltern bei der Arbeit im Haus, auf dem Feld und im Wald.



MIT LOWTECH GEGEN INDIENS HITZEKOLLAPS

Mit Indiens Bauboom nimmt der Energiekonsum für die Raumklimatisierung rasant zu. Schweizer Ingenieure beraten deshalb indische Baufachleute, Ministerien und Investoren im energieeffizienten Bauen. Die Erfahrungen dienen als Basis für einen neuen nationalen Gebäudestandard, der für Millionen geplanter Neubauten Pflicht werden soll. Darunter auch viele für Familien mit tiefen Einkommen.

Text: Samuel Schlaefli

Die Städte Indiens wachsen derzeit rasant. Angrenzend an ausufernde Slums, werden im ganzen Land Mehrfamilienhäuser und Luxusapartements für die neue Mittel- und Oberschicht gebaut. Gekühlt werden sie mit elektrischen Klimaanlageanlagen. Alleine in den vergangenen sieben Jahren hat sich der Energieverbrauch für die Gebäudekühlung verfünffacht. Das hat katastrophale Folgen fürs Klima, weil Indiens Strom vor allem aus Kohlekraftwerken mit hohen CO₂-Emissionen stammt. Damit treibt die Gebäudekühlung die Hitzewellen mit an, die den Subkontinent immer öfter heimsuchen.

Im Sommer 2019 erlebte Indien eine 32-tägige Hitzeperiode mit Temperaturen von 48 °C in der Hauptstadt Neu Delhi und über 50 °C in Rajasthan. Weniger als ein Zehntel der Bevölkerung verfügt heute schon über Möglichkeiten, die Wohnräume zu kühlen. Vor allem die Ärmsten sind der Hitze meist hilflos ausgesetzt. Hunderte sind im Sommer an den Folgen des Hitzestresses gestorben.

«75 Prozent des in Indien benötigten Gebäudebestandes im Jahr 2035 sind heute noch nicht gebaut», sagt Mirjam Macchi, DEZA-Programmbeauftragte für Klima und Umwelt. «Deshalb bietet sich uns gerade jetzt eine einmalige Chance für Effizienzsteigerungen im Gebäudesektor.» Im «Building Energy Efficiency Project» (BEEP) – initiiert von der DEZA zusammen mit der indischen Regierung – arbeiten Schweizer Ingenieure eng mit indischen Kollegen und Kolleginnen zusammen. Ihr Ziel: Ein angenehmeres Wohnklima bei geringerem Energieverbrauch und reduzierten CO₂-Emissionen. Zum Beispiel in Rajkot, der viertgrössten Stadt im westindischen Bundesstaat Gujarat. Dort hat das Team die Stadt beim Bau einer siebenstöckigen Sozialwohnbausiedlung für 1200 ärmere Familien beraten.

Innentemperaturen von 38 °C

Die Tagestemperaturen in Rajkot liegen in der Hitzeperiode zwischen 41 °C und 43 °C; die Wohnungs-Innentemperaturen um die 38 °C. «Durch einfache Anpassungen in Design und der Materialwahl, konnten wir die Innentemperatur ohne elektrische Kühlung auf 31 °C bis 33 °C reduzieren», erzählt Pierre Jaboyedoff, Partner beim Lausanner Ingenieurbüro Effin'art und Co-Leiter des Projekts. Die Mauern wurden mit wärmedämmenden Mineralsteinen gebaut, das

Dach besser isoliert. Die Fensterflächen wurden verringert, damit die Wohnung durch die Sonneneinstrahlung weniger stark erhitzt wird. Gleichzeitig wurde die grösstmögliche Fensteröffnung von 50 auf 90 Prozent erhöht. Dadurch können die Wohnungen nachts, wenn kühlere Temperaturen herrschen, effektiver gekühlt werden. «Wir konnten in den Wohnungen die Anzahl Stunden unter 30 °C von 2600 auf 6300 Stunden erhöhen», sagt Jaboyedoff. «Und dies bei anfänglichen Mehrkosten von zwei bis drei Prozent, die aufgrund stark reduzierter Stromkosten schnell amortisiert sind.»

Workshops für klimaoptimierte Bauten

Ähnlich wie in Rajkot wurden im Rahmen des BEEP bislang 24 Workshops durchgeführt. Durchwegs hinterfragte Jaboyedoffs Team die Energieeffizienz geplanter Bauprojekte und zeigte Wege auf, wie Gebäude mit einfachen technischen Massnahmen energetisch optimiert werden können. Zentral war dabei die Einführung von Sonnenschutzstoren. «Wir gehen davon aus, dass wir alleine damit den Energiebedarf für die Kühlung in grossen Überbauungen um bis zu 45 Prozent reduzieren können», so Jaboyedoff.

Externe Storen sind in Indien ein Novum, unter anderem weil sich der Staat

Das BEEP-Team hat die Stadt Rajkot beim Bau einer Siedlung für 1200 arme Familien beraten.

© Patel Photo Arts, Rajkot



Architekt und BEEP-Experte Andreas Binkert während einer «Design Charrette» mit der Lokalbevölkerung für das Projekt Palika Bhawan.

© Indo-Swiss BEEP

bisher vorwiegend an amerikanischen Baustandards orientiert hat. Das zeigt sich in Neu Delhi, Bangalore und Bombay in Form von verglasten, unbeschatteten Wolkenkratzern, die mit viel Kohlestrom auf ein angenehmes Raumklima heruntergekühlt werden müssen. Zur raschen Verbreitung von Sonnenstoren lancierte das BEEP-Projektteam gemeinsam mit der EMPA einen nationalen Designwettbewerb. Indische Architekten und Ingenieurinnen konnten Ideen für Storen einreichen. Fünf wurden zu Prototypen weiterentwickelt und die jeweils beste Lösung für Wohn- und Bürogebäude bei der Markteinführung weiter unterstützt.

Lokale Erfahrungen für nationalen Standard

2017 fragte das indische Energieministerium die Schweiz für Unterstützung bei der Erarbeitung einer ersten natio-

nen Bauordnung für Energieeffizienz im Wohnungsbau an. Innert sechs Monaten entwickelten Jaboyedoff und sein Team ein praxisnahes Regelwerk. Im Dezember 2018 wurde der Kodex von der indischen Regierung verabschiedet. Gleichzeitig kündigte sie an, dass bis 2022 zwölf Millionen bezahlbare Wohneinheiten nach den neuen Richtlinien gebaut werden sollen.

Das Potenzial eines solchen Standards für einen Staat mit über 1,3 Milliarden Menschen ist enorm: Der Energieverbrauch für die Gebäudeklimatisierung könnte durch optimiertes Bauen um bis zu 50 Prozent reduziert werden, ist Jaboyedoff überzeugt. Und dies während der gesamten 50- bis 60-jährigen Lebensdauer eines Neubaus. Der Ingenieur betont jedoch, dass die Implementierung Zeit benötigen wird. In der Schweiz seien zehn Jahre vergangen, bis der erste SIA-Standard für energieeffizientes Bauen von allen Kantonen übernommen worden ist. Deshalb unterstützt BEEP die indischen Bundesstaaten derzeit dabei, den Kodex so schnell wie möglich in ihr Recht zu überführen. ■

INDIEN UND DIE KLIMAZIELE

Zwischen 2000 und 2017 hat sich die Energienachfrage Indiens verdoppelt. 70 Prozent der Energie basiert auf der Verstromung von Kohle. Für ein Kilowatt Leistung in Indien wird deshalb fünf- bis sechsmal so viel CO₂ ausgestossen, wie für dieselbe Leistung in der Schweiz. Indien gehört deshalb nach China und den USA zu den weltweit grössten CO₂-Verursachern. Die Regierung hat eine Reihe von Massnahmen zur Emissionsreduktion angekündigt und gehört laut «Climate Action Tracker» zu den wenigen Staaten, die ihre Ziele im Rahmen des Klimavertrags von Paris bis 2030 voraussichtlich erreichen werden. Aktuell entfallen 33 Prozent des indischen Stromverbrauchs auf den Gebäudebereich, bis 2040 könnten es sogar 50 Prozent sein. Deshalb ist der Hebel für die Reduktion von CO₂-Emissionen im Gebäudesektor besonders gross.

MÖGLICHT SCHNELL WEG ÜBER DIE GRENZE – UND DANN?

Tag für Tag verlassen tausende Venezolanerinnen und Venezolaner in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen ihr Land. Kurz nach der Grenze zu Kolumbien vermitteln ihnen die DEZA und ihre lokalen und internationalen Partner Schutz, medizinische Versorgung und psychologische Betreuung.

Text: Zélie Schaller

Lebensmittelknappheit, fehlende Medikamente, Hyperinflation, aber auch Übergriffe und Unsicherheit zwingen in Venezuela täglich viele tausend Personen auf den Weg ins Exil. Bessert sich die politische und gesellschaftliche Lage nicht, werden laut dem UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR bis Ende 2020 6,5 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner ihr Land verlassen haben. Ihr bevorzugtes Ziel ist Kolumbien, das zurzeit rund 1,4 Millionen von ihnen beherbergt und dessen Behörden Massnahmen zur Unterstützung notleidender Personen eingeführt haben, aber auch auf ihre Sicherheit bedacht sind und die legale Migration fördern.

Die Flüchtenden haben oft kaum mehr als ihre Kleider auf sich und hoffen, im Nachbarland auf bessere Lebensbedingungen. Sie kennen aber weder die Gesetze noch die Immigrationsverfahren oder die Bedrohungen, denen sie sich aussetzen. Für die illegalen bewaffneten Gruppen und ihre Territorialkämpfe sind sie eine leichte Beute – Zwangsrekrutierung, Menschenhandel und sexuelle Gewalt sind laut UNHCR die Hauptrisiken.

«Die Migrierenden haben einen hohen Informationsbedarf», betont Fabrizio Poretti, DEZA-Verantwortlicher in Kolumbien. Damit sie Gefahrenzonen umgehen können, wurden verschiedene Smartphone-Apps entwickelt, auf denen

Karten ebenso wie Nahrungsmittelversorgungsstellen, Wasserstellen, Gesundheitsdienstleistungen und Notunterkünfte einfacher zu finden sind. Letztere wurden in mehreren Grenzregionen von DEZA-Partnern wie dem UNHCR, der norwegischen Flüchtlingshilfe und dem IKRK eingerichtet. Sie informieren die Vertriebenen über ihre Rechte und sind dabei behilflich, spezielle Transit- oder Aufenthaltsbewilligungen zu bekommen. Dies erleichtert den Migranten kurz- und langfristig den Alltag, weil sie damit einfacher Zugang zum Arbeitsmarkt und zu ärztlicher Hilfe bekommen.

Besonders verletzlich sind Kinder, Frauen und Alte. Beobachtet werden schwere Unterernährung, das Wiederauftauchen von Krankheiten wie Malaria, Gelbfieber, Diphtherie oder Masern sowie ein Anstieg der sexuell übertragbaren Krankheiten. Extreme Migrationsbedingungen und Familientrennung schüren überdies Ängste und Depressionen.

Psychosoziale Unterstützung – auch via Smartphone

Um die Situation zu verbessern, unterstützt die DEZA insbesondere die NGO Comitato Internazionale per lo Sviluppo dei Popoli (CISP), die Migranten mit psychischen Krisen unterstützt emotionalen Krisen. «Diese Leute haben restlos

alles hinter sich gelassen. Sie sind von der Reise traumatisiert und erschöpft und müssen reden können, um ihre Emotionen loszuwerden. Ohne Unterstützung geht es nicht», erzählt Fabrizio Poretti. Psychologen hören ihnen zu, bauen ihr Selbstwertgefühl auf und erhöhen ihre Resilienz. In schweren Fällen, etwa bei Folter, Vergewaltigung oder anderen Formen sexueller Gewalt, werden die Opfer speziell betreut und können später, wenn sie weiterziehen, via Smartphone weiter gecoacht werden.

Mutter-Kind-Gesundheit im Fokus

Mobile Einheiten begleiten die Migrierenden auf ihrem Weg sowie in den Stadtvierteln. Kranke erhalten von Ärzten eine Erstversorgung. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Mutter-Kind-Gesundheit gerichtet. Gemäss der NGO Ärzte ohne Grenzen sind sowohl für die Mutter wie das Kind die Schwangerschaft, Geburt sowie die ersten Lebenswochen der Neugeborenen kritisch. «In dieser Phase kann man Leben retten; unterernährte Säuglinge beispielsweise haben es ihr ganzes Leben lang schwer», unterstreicht Fabrizio Poretti.

Ein weiterer heikler Punkt ist die Wasserversorgung; verschiedene Regionen stehen unter Wasserstress. Zusammen mit der Regierung und den Behörden vor Ort organisiert die Schweizer Ent-



Migrierende Venezolanerinnen und Venezolaner steigen kurz nach der Grenze zu Kolumbien von einem Lastwagen (oben). In einer Durchgangsstation erhalten flüchtende Mütter und Kinder psychosoziale Unterstützung, medizinische Betreuung und Nahrungsmittel.

© Federico Rios Escobar/NYTimes/laif
© CISP



wicklungszusammenarbeit die Bohrungen von Brunnen und die Installation von Wasseraufbereitungsanlagen. Damit soll der Bedarf an Trinkwasser vor allem in den Schulen gewährleistet werden.

Zu wenig Plätze, zu viele Kinder

Die Migrantenkinder werden soweit möglich in die bestehenden Schulklassen integriert. «Doch es sind zu viele Kin-

der, es hat nur wenig freie Plätze», fasst CISP-Projektkoordinator José Alberto López die Situation zusammen. Die NGO versorgt die Kinder mit Schulmaterial und -uniformen. Ausserdem beschafft sie ihnen Fahrräder. Damit lassen sich auch längere Distanzen zurücklegen und bieten den Kindern einen gewissen Schutz: «Ein Mädchen auf einem Velo ist weniger verletzlich als zu Fuss», erläutert Fabrizio Poretti. Auch die Eltern haben etwas davon; sie verwenden die Velos zum Einkaufen.

SCHWIERIGER RÜCKWEG FÜR EXILKOLUMBIANER

Nicht nur die Venezolaner verlassen ihr Land, auch viele Exilkolumbianer wollen zurück nach Hause. Sie suchten im Nachbarland Arbeit oder Schutz vor den bewaffneten Konflikten. Zwar kam es 2016 in Kolumbien zu einem Friedensschluss mit der FARC-Guerilla, doch der Konflikt schwelt weiter, was die Einreise der Rückkehrer nicht erleichtert. Ihre Kinder und manchmal auch sie selbst besitzen keine kolumbianischen Papiere. Die DEZA und ihre Partner unterstützen sie beim Besorgen der offiziellen Dokumente und beim Einfordern ihrer Rechte.

EINBLICK DEZA

KAFFEE STATT OPIUM

(wla) Im südlichen Shan-Staat in Myanmar haben die Menschen nur sehr begrenzten Zugang zu Grundversorgung und Einkommensmöglichkeiten. Armut und Unterernährung sind allgegenwärtig, und die Abwanderung ist hoch. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hat in den Townships Hopong und Loilem eine Kaffeegeossenschaft mit Produzenten aus 53 Dörfern initiiert, die auf rund 800 Hektaren Kaffee anbauen. Der Kaffeeanbau bietet unter anderem eine alternative Einkommensquelle für die rund 300 000 Opiumbauern in Myanmar. Die DEZA unterstützt die Kaffeegeossenschaft Green Gold sowie ihre 900 Mitglieder und fördert die Organisation bezüglich Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Projektdauer: 2019–2023

Volumen: 1.932 Millionen CHF

GAZASTREIFEN: NOTHILFE FÜR GESUNDHEITSSYSTEM

(ald) Das Gesundheitssystem im Gazastreifen ist in einem sehr fragilen Zustand. Die 2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben nur einen sehr beschränkten Zugang zu spezialisierten medizinischen Diensten. Die Schweiz unterstützt ein Projekt von Ärzte ohne Grenzen (MSF), um eine qualitativ hochwertige und kostenlose medizinische Versorgung für Trauma- und Verbrennungspatienten im Gazastreifen anzubieten. Darunter befinden sich auch mehr als 28 000 Palästinenserinnen und Palästinenser, die bei den Massendemonstrationen an der Grenze zu Israel, auch bekannt als «Grosser Marsch der Rückkehr», verletzt wurden.

Projektdauer: 2019–2020

Volumen: 2 Millionen CHF

KROATIEN: VERBESSERTE VERKEHRSSICHERHEIT

(zss) Mit zwei Projekten trägt die Schweiz zu einer erhöhten Verkehrssicherheit in Kroatien bei. Einerseits soll die Sicherheit für Kinder und ältere Verkehrsteilnehmende verbessert und Lösungen für Orte mit hohem Unfallrisiko erarbeitet werden. Andererseits soll der Fuss- und Radverkehr in Städten sicherer werden, indem der Langsam- vom regulären Verkehr getrennt wird. Der Wissensaustausch zur Gefahrenverminderung auf Strassen, Radwegen und Fussgängerübergängen steht bei beiden im Vordergrund. Bei der Umsetzung werden kroatische NGOs, der Radfahrerverband, Forschungsstellen und Städteplaner von Pro Velo Schweiz und CareCross Schweiz beraten. Beide Projekte werden ermöglicht durch den Partnerschaftsfonds des Schweizer Erweiterungsbeitrags zur Verminderung von Disparitäten in den EU-13-Mitgliedsstaaten.

Projektdauer: 2019–2020

Volumen: 215 000 CHF (Veloverkehr)
240 000 CHF (Strassenverkehr generell)

GRIECHENLAND: ZELTE UND BETTEN

(ald) Die Lage in Griechenland hat sich vergangenes Jahr mit der Ankunft grösserer Gruppen von Migranten und Migrantinnen verschärft. Angesichts der prekären Situation vor dem Wintereinbruch hat die Humanitäre Hilfe der Schweiz mit Hilfslieferungen reagiert. Es wurden 600 winter-taugliche Familienzelte und weiteres Material für rund 3000 Menschen auf Lastwagen verladen und auf die Insel Lesbos transportiert. Zudem wurden 500 Betten aus Beständen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) nach Griechenland befördert. Diese wurden in Athen der griechischen Armee übergeben,

welche für deren Weitertransport in verschiedene Flüchtlingscamps in Griechenland zuständig ist.

Projektdauer: 2019

Volumen: 670 000 CHF

BUNDES RAT CASSIS TRIFFT DEZA-PARTNERORGANISATIONEN

Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von DEZA-Partnerorganisationen nahmen am Dienstag, 8. Oktober an einem Austausch zwischen Bundesrat Ignazio Cassis mit den Schweizer NGO teil. Der Fokus lag auf der Rolle der Schweizer NGO als Multiplikatoren der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. «Mich interessieren Fakten und evidenzbasierte Resultate. Mit konkreten Resultaten können wir vor das Parlament treten und genau belegen, was wir machen», betonte BR Cassis in seiner Ansprache. Caritas, Swisscontact, Solidar-med, HEKS und Biovision präsentierten Resultate, die sie dank Partnerschaften mit dem Privatsektor und der Forschung in konkreten Projekten in den Bereichen Migration, Berufsbildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit erreicht haben. Im Rahmen eines Panels, moderiert von DEZA-Direktor Manuel Sager, diskutierten Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP), Nationalrat Claudio Zanetti (SVP), Helvetas-Präsidentin Therese Frösch, Swisscontact-Präsident Heinrich Lanz sowie Andi Schriber, Leiter von Biovision, die spezifischen Herausforderungen und Chancen der IZA. Einig war man sich, dass bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor das «Wie» entscheidend ist für den Erfolg. In seinem Schlusswort nahm BR Cassis Bezug auf die Vernehmlassung der IZA-Strategie 2021–24, wo u.a. der prioritäre Stellenwert der Armutsbekämpfung, die Bedeutung der Interessen der Schweiz in der IZA sowie deren Verknüpfung mit der Migrationspolitik Gegenstand von zahlreichen Eingaben waren.

MIGRACIÓN

MINISTERIO DE RELACIONES EXTERIORES



MIGRATION UND ENTWICKLUNG: EINE KONTROVERSE BEZIEHUNG

Um die Migrationsbewegungen einzudämmen, wenden sich politisch Verantwortliche in den USA und Europa an die Entwicklungshilfe: Ein höherer Lebensstandard in den Herkunftsländern soll die Ausreisewilligen bremsen. Doch vermag internationale Zusammenarbeit den Migrationsdruck tatsächlich zu senken?

Text: Zélie Schaller

In politischen Debatten wird die internationale Zusammenarbeit (IZA) oft als Mittel zum Drosseln von Migrationsbewegungen vorgebracht: Die Wahrscheinlichkeit von Emigration sinke bei besseren Lebensbedingungen vor Ort. Auf diesem Postulat beruht die strategische Ausrichtung der IZA vieler westlicher Länder. Doch Studien legen nahe, dass die Sache nicht ganz so einfach ist: Eine sich dank Entwicklungshilfe bessernde sozioökonomische Lage kann den Migrationsdruck sogar erhöhen, weil die aufstrebenden Bevölkerungsschichten sich und ihre Angehörigen weiterbringen wollen.

Wie gehen Entwicklungsagenturen mit diesen Erkenntnissen um, die der politischen Logik zuwider laufen? Stellen sie ihre Strategie in Frage? Trägt IZA tatsächlich zur Eindämmung des Migrationsdrucks bei oder erhöht sie ihn vielmehr?

Zahlreiche Arbeiten weisen nach, dass sich der «Übergang zu Migration» in zwei Phasen abspielt. Mittelfristig erhöht das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die Mittel des Einzelnen und stimuliert deshalb die Emigration. Erst längerfristig und ab einem bestimmten Wohlstandsniveau lässt das BIP-Wachstum die Emigration sinken. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht für jeden Staat nachzuweisen, wie eine 2018 publizierte Studie von Michael Clemens

und Hannah Postel vom Center for Global Development hervorhebt. Überdies werden wie in den meisten Debatten auch in der Studie weder die irreguläre Migration noch die Vertreibungen (aufgrund von Konflikten, Naturkatastrophen usw.) berücksichtigt.

Gute Gouvernanz fördern

Laut Jonas Gamso von der Arizona State University und Farhod Yuldashev von der University of Pittsburgh hat Wirtschaftshilfe keinerlei positiven oder negativen Einfluss auf die Emigrationsquote. In ihrer 2018 im «International Studies Quarterly» publizierten Studie weisen sie nach, dass vielmehr das Fördern guter Gouvernanz die Emigration aus Entwicklungsländern bremst. Im Gegensatz zur ökonomischen Unterstützung fördert es die Migration nicht, weil sich die materiellen Ressourcen der Bevölkerung damit kurzfristig nicht erhöhen.

«Die Verbesserung der politischen Institutionen (...) fördert den Rückgang der Korruption und höhere politische Stabilität (...). Diese Fortschritte halten die Push-Faktoren im Zaum und lenken die Anreize zur Emigration um; die Individuen sehen sich weniger veranlasst, ihr Land zu verlassen», erläutern Jonas Gamso und Farhod Yuldashev. Um im gleichen Atemzug zu warnen: Reduzie-

WELTWEITE MIGRATION

Laut Schätzungen der UNO erreicht die Anzahl internationaler Migrantinnen und Migranten 272 Millionen im Jahr 2019. Das sind 51 Millionen mehr als 2010. Gut zehn Prozent davon (28,7 Millionen) sind Flüchtlinge und Asylbewerber. Rund 85 Prozent aller Flüchtlinge weltweit leben in benachbarten Entwicklungs- und Schwellenländern. Konkret: Nur 15 Prozent suchen ausserhalb ihrer Herkunftsregion Schutz. Die meisten Migrierenden stammen aus Europa (61 Millionen). Darauf folgen jene aus Zentral- und Südasien (50 Millionen), aus Lateinamerika und der Karibik (42 Millionen), aus Ost- und Südostasien (37 Millionen), aus Nord- und Westafrika (37 Millionen) sowie jene aus Afrika südlich des Äquators (24 Millionen). Letzgenannte Region ist jene mit dem geringsten Anteil internationaler Migranten (2,4 Prozent) an der Gesamtbevölkerung. Migration geschieht hauptsächlich regional: 69 Prozent der europäischen Migranten bleiben in Europa; 65 Prozent der Migranten aus Afrika südlich der Sahara bleiben innerhalb dieser Zone.

Migrierende an der venezolanisch-kolumbianischen Grenze: Ob Entwicklungszusammenarbeit den Migrationsdruck eindämmt oder gar erhöht, ist umstritten.

© Juan Arredondo/NYT/Redux/laif

ren die Regierungen ihre Budgethilfe zugunsten der guten Gouvernanz in den Entwicklungsländern, dann schwellen die Migrationsbewegungen an.

«Entwicklungshilfe, welche die gute Gouvernanz fördert und zugleich die Korruption bekämpft, vermag den Migrationsdruck einzudämmen», bestätigt Slobodan Djajic, Honorarprofessor für internationale Ökonomie und Experte für Migrationspolitik am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung in Genf. «Die Wirksamkeit der IZA hängt weitgehend davon ab, in welchen Bereichen sie zum Einsatz kommt. Abgesehen von guter Gouvernanz vermögen bessere Gesundheitsdienstleistungen, Abfall- und Abwasserentsorgung, Elektrifizierung und Trinkwasserversorgung die Entwicklung zu fördern und gleichzeitig die Migrationsbewegungen zu reduzieren.»

Die DEZA kommt zum selben Schluss: «Langfristige Programme zu einer verbesserten Grundversorgung (Schulen, Gesundheit, Wasser, Mobilität) ein Sozialversicherungssystem sowie Beschäftigung für die Jungen können dazu beitragen, die Menschen im Land zu halten», sagt Simone Giger, die für das Globalprogramm Migration und Entwicklung verantwortlich ist.

Wichtig: Inhalt und Zeithorizont

Widmet sich die Entwicklungshilfe diesen Aspekten, aber auch der ländlichen Entwicklung kann sie den Migrationsdruck abbauen helfen, wie neueste Publikationen aufzeigen. Die Auswirkungen der IZA auf Migrationsentscheide hängen von den Programminhalten, aber auch von ihrem Zeithorizont ab. Laut dem Forschungsteam um Axel Dreher, Andreas Fuchs und Sarah Langlotz vom Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London trägt IZA erst ab der sehr langen Frist von elf oder mehr Jahren zur Reduktion der Migrationsbewegungen bei, wie eine 2018 erschienene Studie von ihnen aufzeigt. Dies gilt allerdings auch bereits kurzfristig, «so-

fern der Anteil der humanitären Hilfe an der Gesamtunterstützung mehr als neun Prozent ausmacht».

Darüber hinaus beeinflussen weitere Faktoren die Migrationsentscheide und die Bemühungen der IZA. «Rahmenbedingungen, Konsistenz der Handels- und Agrarpolitik, Entwicklung des Privatsektors – sie alle können die Zusammenarbeit unterstützen oder sabotieren», hält Simone Giger fest und ergänzt: «Kein Staat kann so komplexe grenzüberschreitende Probleme wie jene im Zusammenhang mit der Migration allein lösen.» Damit Hilfe von aussen Migrationsbewegungen abschwächen können, müssen die reichen Länder gemeinsam handeln, bestätigen auch Mauro Lanati vom Europäischen Hochschulinstitut und Rainer Thiele vom Kieler Institut für Weltwirtschaft in einer letztes Jahr in der Monatsschrift «World Development» veröffentlichten Studie.

Primäres Ziel: Armutsbekämpfung

Die Entwicklungsakteure vor Ort, unter ihnen auch die DEZA, verweisen jedoch auf einen wichtigen Umstand. «Ziel der IZA», betont Simone Giger, «ist die Armutsbekämpfung sowie die Förderung von Frieden und Rechtsstaat. Reguläre Migration ist integrierender Bestandteil jeder Gesellschaft und ist – genau wie in den Industrieländern – eine der Entwicklungsquellen. Die DEZA will bloss jene Faktoren limitieren, die zu irregulärer oder erzwungener Migration führen.»

Die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft Alliance Sud teilt diese Sichtweise. «Die IZA verfolgt nicht explizit das Ziel, den Migrationsdruck in ihren Partnerländern zu senken», schreibt Geschäftsleiter Mark Herkenrath in einer im vergangenen Jahr publizierten Stellungnahme mit dem Titel «Migration und Entwicklungszusammenarbeit: Fakten statt Polemik». Die Versuchung, sie «als Verhandlungshebel für neue Rückübernahmeabkommen zu instrumentalisieren, beinhaltet das

Risiko, dass die Geberländer einen Teufelspakt mit Regimes eingehen, die benachteiligte Bevölkerungsgruppen politisch unterdrücken oder wirtschaftlich diskriminieren.»

Bei aller Vielfältigkeit des Themas sind sich die Fachleute einig: Entwicklungshilfe kann nicht als Verstärkungs- oder Reduktionsfaktor von Migrationsbewegungen verstanden werden, da sich diese als äusserst komplex erweisen. Die Lebensperspektiven der Bevölkerung von Entwicklungsländern hängen nicht bloss von der Entwicklungszusammenarbeit ab. Diese muss einzig die Armut bekämpfen, denn, so Mark Herkenrath: «Nicht das Wirtschaftswachstum, sondern wachsende Ungleichheit fördert die Migration.» ■

STÄRKERE VERKNÜPFUNG

Laut der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 «strebt die Schweiz im Rahmen ihrer Migrations-aussenpolitik eine Verknüpfung des entwicklungspolitischen Engagements mit den migrationspolitischen Interessen an». Migrationsabkommen und -partnerschaften werden gefördert. Die Schweiz trägt dabei, so heisst es im Text, der in den letzten Jahren unter anderem aufgrund der Konflikte in Syrien, Libyen und Jemen grösser gewordenen Instabilität sowie der anhaltenden wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit am Horn von Afrika Rechnung, «was indirekte Auswirkungen auf die Schweiz hat». Laut der Vernehmlassung zur internationalen Zusammenarbeit 2021-2024 wollen Bundesrat und Parlament nun den Schwerpunkt auf die Ursachen der irregulären und erzwungenen Migration legen.

SOZIALE SICHERHEIT - EIN MENSCHENRECHT UNTER BESCHUSS

Effektive Sozialhilfe wirkt sich positiv auf Bildung und Gesundheit aus und stärkt die Chancen, der Armut längerfristig zu entkommen. Trotzdem mobilisieren populistische Politiker weltweit gegen die soziale Absicherung der Ärmsten.

Text: Samuel Schlaefli

Lange Zeit standen in Brasilien alle Zeichen auf Entwicklung: Die Einkommen unter der nationalen Armutsdefinition sanken von 25 Prozent im Jahr 2001 auf unter 9 Prozent vierzehn Jahre später. Alleine zwischen 2003 und 2010 konnten rund 20 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer aus der Armut geholt werden. Mit weitreichenden Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit: Zwischen 1985 und 2016 sank die Kindersterblichkeit von 63 auf 15 pro 1000 Geburten. Und die Verbreitung von Tuberkulose – einer typischen Armutskrankheit – ging massiv zurück.

Wichtige Gründe für diesen Erfolg waren die Einführung eines staatlich finanzierten Gesundheitssystems Anfang der 90er-Jahre und ein 2003 von der Regierung Lula da Silvas initiiertes Sozialhilfeprogramm namens «Bolsa Familia». Doch 2016 gab die Regierung Temer bekannt, die Sozialausgaben für 20 Jahre einzufrieren. Staatliche Apotheken wurden geschlossen, die arme Familien zuvor mit erschwinglichen Medikamenten



Fatou lebt im Armenquartier Morne Hercule am Rand von Haitis Hauptstadt Port-au-Prince und träumt von einem echten Haus.

© José Nicolas/hemis/laif



Seit in Brasilien (links) das Sozialhilfeprogramm «Bolsa Familia» von der aktuellen Regierung eingestellt worden ist, steigt die Armut. In Haiti (rechts) lebt ein Viertel der Bevölkerung in ständiger Ernährungsunsicherheit – die Schweiz unterstützt vor Ort das soziale Sicherungssystem und 30 000 besonders verletzte Haushalte.

© Xinhua/eyevine/lair
© Meredith Kohut/NYT/Redux/lair

versorgt hatten. 1,2 Millionen Familien verloren ihre Berechtigung auf Unterstützung durch die «Bolsa Familia». Der aktuelle Präsident Jair Bolsonaro unterstützt diesen Kurs – mit fatalen Konsequenzen für die Bevölkerung: Das Medizin-Fachmagazin «The Lancet» warnte kürzlich, dass die Kindersterblichkeit in Brasilien zum ersten Mal seit 1990 wieder ansteigt und die Armut zunimmt.

Brasilien ist kein Einzelfall: Auch in den USA unter Donald Trump kommt die Sozialhilfe zunehmend unter Druck: In 16 Bundesstaaten wurde angekündigt oder bereits umgesetzt, dass nur noch Anspruch auf eine öffentliche Gesundheitsversicherung hat, wer einen Arbeitsvertrag vorweisen kann. Und in Ungarn wurden die Beiträge an arme Familien für Krankheitskosten, Kindergarten, Mutterschaftsurlaub und Kinderbetreuung unter Regierungschef Viktor Orbán stark gekürzt.

Vorteile sind messbar und überwiegen

Die Argumentationen für den Sozialabbau sind bei den rechtskonservativen Populisten in Budapest, Washington und Brasilia vergleichbar: Staatliche Hilfe sei

STÄRKUNG DER ÄRMSTEN HAUSHALTE HAITIS

In Haiti haben 58 Prozent der Bevölkerung weniger als 2.4 Dollar am Tag zur Verfügung und ein Viertel lebt in ständiger Ernährungsunsicherheit. Seit November 2019 unterstützt die Schweiz im Rahmen des Projekts «PROMES» das soziale Sicherungssystem Haitis und 30 000 besonders verletzte Haushalte. Gleichzeitig sollen die Kapazitäten der Regierung auf nationaler und regionaler Ebene zur Allokation von Sozialhilfeeinsparungen gestärkt werden.



zu teuer, mache faul, sie raube den Betroffenen die Motivation zu arbeiten und führe zu langfristigen Abhängigkeiten. Doch dies sind Annahmen, die sich wissenschaftlich nicht erhärten lassen. Im Gegenteil: In einer Studie von 2018 prüften Ökonomen der Weltbank die weitverbreitete Theorie, wonach Menschen weniger Arbeiten, sobald sie finanzielle Unterstützung erhalten (Income Effect). Sie führten eine systematische Analyse der neusten wissenschaftlichen Studien zum Thema durch und fanden keine Evidenz, welche diese Theorie gestützt hätte. Die Entwicklungsökonomin Rema Hanna von der Harvard Kennedy School evaluierte sieben randomisierte Studien zu unterschiedlichen staatlichen Geldtransferprogrammen in den Philippinen, in Indonesien, Marokko, Mexiko, Nicaragua und Honduras. Auch sie fand keine Hinweise darauf, dass die Begünstigten aufgrund der Unterstützung weniger arbeiteten.

Hanna hat eines der staatlichen Programme, das «Keluarga Harapan» (Hoffnungsvolle Familie) in Indonesien, vertieft analysiert. Haushalte mit Kindern und schwangere Frauen erhielten während sechs Jahren Geldüberweisungen von 7 bis 14 Prozent des verfügbaren Einkommens. Die Unterstützung war an die

Bedingung gekoppelt, dass die Kinder die Schule besuchen und sich impfen lassen. Weil das Programm bereits nach zwei Jahren positive Effekte bei der medizinischen Versorgung von Schwangeren sowie den Schulbesuchen zeigte, wurde es 2013 verlängert und auf 2,3 Millionen Menschen ausgeweitet.

Hanna verglich nach sechs Jahren 180 Unterdistrikte, welche vom Programm profitiert hatten, mit solchen, die nicht davon betroffen waren – insgesamt 14 000 Haushalte. Das Ergebnis: Gehemmtes Wachstum als Folge von Mangelernährung und Infektionen traten bei Kindern, die vom Sozialprogramm profitiert hatten, um 23 bis 27 Prozent weniger oft auf. Gleichzeitig konnte der Anteil von 7- bis 15-Jährigen, welche die Schule nicht besuchten, halbiert werden. Die Kinderarbeit von 13- bis 15-Jährigen wurde um ein Drittel reduziert und mehr Frauen suchten für die Geburt einen Arzt auf.

Soziale Sicherung eher Ausnahme als Norm

«In der Entwicklungszusammenarbeit ist der Nutzen von sozialer Sicherung zur Reduktion von Armut heute breit aner-

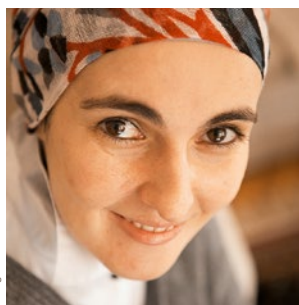
kannt», sagt Stephanie Guha, Beraterin soziale Entwicklung und Armutsreduktion bei der DEZA. Sie verweist auf ein Treffen der OECD-Staaten vergangenen Sommer. «Es bestand Einigkeit darüber, dass soziale Sicherungssysteme zwar hohe Investitionen erfordern, diese sich langfristig aber vielfach auszahlen.»

Trotzdem sind sie heute eher noch die Ausnahme als die Norm: Laut einer aktuellen Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), basierend auf Daten von über 100 Staaten, hat mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung bis heute keinen Zugang zu essenzieller Gesundheitsversorgung und lediglich 29 Prozent haben einen gesicherten Zugang zu umfassender sozialer Sicherung. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen (Universal Social Protection) ist deshalb auch eine zentrale Forderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, auf die sich 193 Staaten im Jahr 2015 geeinigt haben. Brasilien, die USA und Ungarn gehörten dazu. Trotzdem bekämpfen deren Regierungsvertreter diese Forderung heute im eigenen Land gnadenlos. ■

Carte blanche

DIE KUNST DES LEBENS!

Der Tag, an dem die Belagerung von Sarajevo begann, war einer der glücklichsten meines Lebens. Das war kurz vor meinem 16. Geburtstag. Ich wachte auf, merkte dass ich verschlafen hatte und geriet in Panik. Im Wohnzimmer teilten mir meine Eltern nüchtern mit, dass die Schule ausfalle. Keiner von uns hatte sich damals vorstellen können, dass dieser Tag der Beginn einer brutalen Belagerung war: 1425 Tage, angefüllt mit Qual, Tod, Hunger, Kälte und Angst. Das Glück, das ich empfand, als ich mich wieder ins Bett legen konnte, war das Ergebnis einer grenzenlosen Naivität, die ich mit den anderen Einwohnerinnen und Einwohnern Sarajevos teilte. Bis zum Tag der



AIDA BEGIĆ wurde 1976 in Sarajevo geboren. Ihr Erstlingsfilm «Snijeg» (Schnee) gewann 2008 am Filmfestival von Cannes den Grossen Preis der Jury. Ein Jahr später gründete sie die unabhängige Produktionsfirma Film House. Ihr zweiter Film «Djeca» wurde 2012 am Cannes-Festival in der Sparte «Un Certain Regard» gezeigt und von der Jury mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Für den Kurzfilm «Album», der Teil des Dokumentarfilms «Bridges of Sarajevo» ist, schrieb sie das Drehbuch und führte Regie. Aida Begić ist Professorin an der Academy of Performing Arts Sarajevo. Ihr dritter Film «Never leave me» über syrische Waisenkinder wurde auf verschiedenen Festivals weltweit gezeigt und ausgezeichnet. Derzeit arbeitet sie an ihrem vierten Film «A Ballad».

Belagerung glaubten wir, dass ein Krieg überall auf der Welt, nur nicht in unserer Stadt ausbrechen könne.

Während meiner Kindheit in Jugoslawien hörte ich in Zusammenhang mit Kunst und Kultur oft den Satz: zuerst die materielle Basis, dann der spirituelle Aufbau. Es war allgemein akzeptiert, dass zuerst Fabriken und den Menschen Dächer über dem Kopf gebaut werden, bevor sie eine Ballettaufführung sehen durften. Unter dem Regime wurden mit diesem Kulturverständnis dennoch Tausende von Kulturzentren gebaut. Offensichtlich war eine solide materielle Basis schnell erreicht und blieb genügend Geld übrig, dass es auch im kleinsten Dorf Kultur gab. Trotzdem wuchsen wir mit dem Glauben auf, dass die Menschen Kunst und Kultur erst dann brauchten, wenn sie genügend gegessen haben. Doch dann veränderte die Belagerung diese Denkweise und machte deutlich, dass Menschen Kunst auch dann brauchen, wenn sie unter Hunger und Durst leiden. Es fällt schwer zu glauben, aber die Einwohnerinnen und Einwohner Sarajevos riskierten für ein Theaterstück oder ein Konzert ihr Leben. Ohne die materielle Basis wurde die Kunst zu einem menschlichen Grundbedürfnis. Die Kunst gab ihnen ihre Würde zurück. Es war ein Akt des Widerstands gegen die Barbarei und die sinnlose Zerstörung. Die Menschen zogen sich schön an, die Theaterstücke wurden bei Kerzenlicht inszeniert. Jeder Kinofilm, der gezeigt werden konnte, war eine Quelle der Freude.

Im schlimmsten Kriegsjahr begann ich Film und Theater zu studieren. Der Winter war bitterkalt, die Hungersnot in dieser Zeit am grössten. Eine Vorlesung in Filmgeschichte bleibt unvergesslich. Da der Strom praktisch immer ausfiel, konnten wir die Filme, über die wir sprachen, nie sehen. Doch eines Tages funktionierte die Stromversorgung plötzlich:

Wir sahen Ingmar Bergmans «The Seventh Seal» und dann gleich noch «Wild Strawberries». Der Raum war so kalt, dass wir uns zwischendurch bewegen mussten, um nicht einzufrieren. Durch diese unvergessliche und körperlich unangenehme Erfahrung realisierte ich, wie wichtig Kunst für die Menschheit ist. Sie ist sinnstiftend und eine der schönsten Ausdrucksformen der Menschlichkeit. Für uns Junge war dieses Schaffen in Kriegszeiten auch eine Flucht vor der Zerstörung und Ausdruck einer grossen Hoffnung, dass das Leben den Tod am Ende besiegen wird.

«DIE EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER SARAJEVOS RISKIERTEN FÜR EIN THEATERSTÜCK ODER EIN KONZERT IHR LEBEN.»

Jede Krise, vor allem eine wirtschaftliche, stellt unsere Vorstellung über die Rolle der Künstler und Künstlerinnen in der Gesellschaft infrage. Budgetkürzungen setzen leider immer zuerst bei der Kultur an. Wir können den Verantwortlichen nicht erklären, dass sie damit den Kindern die Flügel beschneiden. Und doch frage ich mich jedes Mal, wenn ich in einer Krise stecke, ob es sich lohnt, in einem Land, das dem Kino keine Bedeutung beimisst und in einer Konsumgesellschaft, die einen Überfluss an visuellen Inhalten produziert, einen Film zu drehen. Doch dann erinnere ich mich an Bergmans Film und weiss, dass meine Arbeit gerechtfertigt ist, wenn sie das Leben auch nur eines einzigen Menschen verbessert oder ihm Sinn gibt.

Es lebe die Kunst! Es lebe das Kino! ■



Die Mahraganat-Gruppe «Nustaliga» bei einem Klubkonzert.

© Cairo Concepts

DER SOUND DER 20 MILLIONEN

Egal ob in Taxis oder auf Hochzeiten: Mahraganat gehört mittlerweile zu Kairos Alltag. Mit «Cairo Concepts» versucht der Basler DJ Phil Battiekh Mahraganat auch ausserhalb Ägyptens als eigenes Genre zu etablieren.

Text: Samuel Schlaefli

Nach mehreren gescheiterten Versuchen über Skype und Whatsapp erreiche ich Phil Battiekh schliesslich auf seinem Handy. Er sitzt in einem kleinen Musikstudio von Freunden im Zentrum Kairos, wo er im Rahmen eines dreimonatigen Pro Helvetia-Künstlerstipendiums arbeitet. Battiekh steckt in den letzten Vorbereitungen für einen Auftritt seines Kollektivs «Cairo Concepts» an einer internationalen Musikmesse. Er feilt noch an den Visuals, welche das eineinhalbstündige Konzert mit DJ-Show begleiten werden. Visualisierung, Design und Artwork sind ein wichtiger Bestandteil seines Mahraganat-Projekts. Dass er seinen bürgerlichen Namen für sich behält und sein Gesicht auf Bildern stets mit einer Wassermelone kaschiert, gehört ebenfalls dazu.

Mahraganat gehört aktuell zur populärsten Musik Kairos, einer Metropolregion mit über 22 Millionen Menschen, die Hälfte jünger als 25 Jahre. Der Stil ist eine Weiterentwicklung des Chaabi, des Sounds der ägyptischen Arbeiterklasse, der in den 70er-Jahren Furore machte. Manche nennen das Genre deshalb schlicht «Electro-Chaabi». Auch der Ursprung von Mahraganat liegt in den Arbeitervierteln und Slums von Kairo, in Vierteln wie Salaam-City oder Matareya, mit bis zu drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern.

Der ägyptische Reggaeton

Mahraganat ist ein Kind der Globalisierung und des omnipräsenten Internets. Seit etwas mehr als zehn Jahren basteln

Jugendliche in Schlafzimmerstudios an günstigen Computern und mit Musiksamples und Stimmen, die sie aus dem Internet herunterladen, an einer neuen urbanen Musik. Sie lassen sich durch Hip Hop, Grime, Trap und Afrobeat inspirieren. In den selbstproduzierten Musikclips der bislang fast ausschliesslich männlichen Künstler tauchen entsprechende Referenzen im Habitus auf. Mahraganat ist ein elektronischer, basslastiger und äusserst tanzbarer Sound. Ein ägyptisches Pendant zu Reggaeton und Dancehall.

Noch bis vor wenigen Jahren weigerten sich etablierte ägyptische Radiostationen, Mahraganat-Künstler zu spielen. Sie entsprächen nicht «ägyptischen Gepflogenheiten und Traditionen», hiess es. Die Künstler kümmerte das wenig. In bes-



ter «Do it yourself»-Manier stellten sie ihre Tracks kostenlos auf Youtube und Soundcloud und erreichten dadurch Millionen. Mittlerweile ist die Musik auch im Establishment angekommen: Es gibt Mahraganat-Studios, -Klubs und -Manager. Künstler produzieren Jingles für Telekomfirmen und vertonen Werbeclips. «Manche verdienen heute mit einem einzigen Hit auf Youtube 50000 Dollar», erzählt Battiekh.

Aus Not zum DJ geworden

Battiekh entdeckte Kairo und dessen Musiksubkultur vor sieben Jahren während eines Sprachaufenthalts. Er studierte damals Islamwissenschaften an der Universität Basel und arbeitete als Musikjournalist. Während langen Taxifahrten durch die Metropole stiess er immer wieder auf Fahrer, die Mahraganat hörten. Später fand er den energetischen Sound auf Hochzeiten unter freiem Himmel wieder. Bald darauf öffnete ihm der Pionier «Alaa Fifty» die Türen zur Szene.

Fortan pendelte Battiekh zwischen Basel und Kairo. «Zum DJ wurde ich eigentlich nur, weil ich die Musik auch zuhause spielen wollte.» Er begann Mahraganat-Partys zu organisieren, lud Künstler, wie Alaa Fifty, Belya el Karnak, und El Madfaageya an Konzerte und Festivals in der Schweiz ein. Oft eine zermürende Arbeit: «Man kann sich kaum vorstellen, wie hoch die Hürden sind, um Künstler aus sogenannten Drittstaaten in die

Schweiz zu bringen.» Er habe zeitweise 50 Prozent seiner Arbeitszeit zum Recherchieren und Nachtelefonieren für Visumanträge aufgewendet. Jedoch mit Erfolg: Alle 30 Gesuche wurden angenommen.

Wenig Interesse aus Europa

2019 gründete der DJ das Künstlerkollektiv «Cairo Concepts», das neben Battiekh sechs Mahraganat-Musiker und eine -Musikerin vereint. Im Mai 2019 erschien die erste Veröffentlichung mit neun Tracks unterschiedlicher Interpreten. Das Album soll einen stark subjektiven Eindruck zum aktuellen Stand des Genres vermitteln. Es richtet sich vor allem an ein internationales Publikum und DJs mit Interesse an elektronischer arabischer Musik.

«Obschon Mahraganat in Ägypten extrem populär ist, findet das Genre in Europa bisher praktisch keine Beachtung»,

Mahraganat entstand in den Arbeitervierteln Kairo und gehört zu Ägyptens Subkultur – mittlerweile ist die Musik auch im Establishment angekommen.

© Bryan Denton/NYT/Redux/loif (2)

sagt Battiekh. Zwar erlebte die Subkultur nach 2011 einen kurzen Hype, als internationale Medien Mahraganat zur Protestmusik des Arabischen Frühlings erkoren. Doch diese Deutung und sozio-politische Verortung greift für Battiekh zu kurz. «Die Künstler sehen ihre Arbeit nicht in erster Linie als Produkt des aktuellen politischen Kontexts.» Für ihn stellt die Fokussierung auf Revolten und Armut denn auch eine eigene Form der westlichen Exotisierung des Musikstils und seiner Subkultur dar. Die Auftritte von «Cairo Concepts» ausserhalb Ägyptens sieht er diesbezüglich als Chance: «Ich hoffe, dass wir dabei auch das exotisierende Narrativ, das Mahraganat bis heute anhaftet, ein wenig abschütteln können.» ■





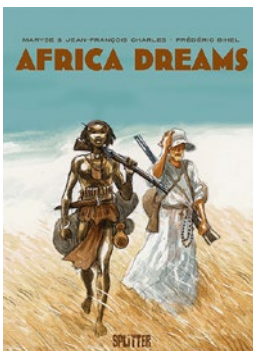
ENDLICH ÜBERWUNDEN

(bf) Während des Völkermordes in Ruanda im Jahr 1994 wurden bis zu einer Million Tutsi von Hutu-Angehörigen ermordet, 80 Prozent der Überlebenden Frauen wurden vergewaltigt. Heute leben Täter und Opfer Tür an Tür. Während Frauen seitdem in der Gesellschaft stetig an Einfluss gewannen, stehen die Vergewaltigungsoffer und ihre Kinder am unteren Ende der sozialen Hierarchie. Vielen jungen Frauen gelingt es jedoch, ihre traumatisierten Mütter aufzufangen und sich von dem Stigma zu befreien. Der Mut und die Zuversicht dieser Frauen in einer von Traumata geprägten und autoritär regierten Gesellschaft sind beispiellos. Der Bildband «Rwandan Daughters» des deutschen Fotografen Olaf Heine zeigt starke Frauen, die die erfahrenen Traumata überwunden haben. Heine hat diesen Wendepunkt und die Versöhnung bildlich ausdrucksstark vor Ort inszeniert und Mütter und Töchter Seite an Seite am Ort des Geschehens porträtiert. Neben den Bildern enthält der Fotoband kurze Statements der Frauen zu ihrem Umgang mit den Erlebnissen.

«Rwandan Daughters» von Olaf Heine; Hatje Cantz Verlag, Berlin 2019

BÜCHER

AUSGEBEUTETER KONGO-FREISTAAT



(bf) Von 1885 bis 1908 existierte in Zentralafrika der Kongo-Freistaat unter der souveränen Herrschaft und im persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. Nachdem er das Land unter dem Deckmantel der Philanthropie und

der wissenschaftlichen Forschung hatte erkunden lassen, lenkte Leopold um auf einen politischen Kurs der aggressiven Ausbeutung. Mehrere Millionen Afrikaner starben durch die sogenannten «Kongo-gräuel». Ihr feines Gespür für historische Comics an exotischen Orten hat das Szenaristen-Ehepaar Maryse und Jean-François Charles bereits mit «India Dreams» eindrucksvoll unter Beweis gestellt. «Africa Dreams» – gezeichnet von Frédéric Bihel – thematisiert die historischen Realitäten aus den Perspektiven verschiedener fiktiver Zeitgenossen wie des jungen Missionars Paul Delisle oder des Forschers Henry Morton Stanley. Herausgekommen ist ein überaus packend erzählter und eindringlich gezeichneter Geschichtscomic, der ebenso informiert wie unterhält. «Africa Dreams» von Maryse & Jean-François Charles und Frédéric Bihel, Splitter Verlag, Bielefeld 2019

VERRÜCKTE WIRKLICHKEIT

(bf) Ein Priester, der dem Pygmäentanz frönt, und eine grossherzige Puffmutter namens «Mama Fiat 500»: Unnachahmlich wandelt der international ausgezeichnete kongolesische Schriftsteller Alain Mabanckou in seinem neuen Roman auf dem schmalen Grat zwischen Komik und Verzweiflung. Dabei erzählt er von den Abenteuern des dreizehnjährigen Waisenjungen Moses, genannt «Petit Piment», der früh erfahren muss, dass nicht jeder Weg auf den Pfad der Tugend führt – und dass Gerechtigkeit fast immer das Recht des Stärkeren ist. Die Geschichte spielt Anfang der Siebzigerjahre, in den Tagen, als die Sozialistische Revolution ausgerufen wurde. Der Schulleiter Dieudonné Ngoulmoumako ergreift die Gelegenheit, Posten mit Parteikadern – allesamt familiär mit ihm verbandelt – zu besetzen, welche fortan die Schüler, unter ihnen auch «Petit Piment», terrorisieren. Doch dieser flieht zusammen mit zwei Kameraden nach Pointe-Noire, findet Unterschlupf in einem Freudenhaus und schliesst sich einer Gang von Strassenkindern an. Von nun an sieht er sich als kongolesischer Robin Hood, der von den Reichen nimmt, um den Armen zu geben. «Petit Piment» von Alain Mabanckou, Liebeskind Verlag, München 2019

ÖL AUF WASSER



(bf) In Port Harcourt im Nigerdelta regieren die internationalen Ölkonzerne, die vor der Küste Nigerias bohren. Als die Ehefrau eines hochrangigen Mitarbeiters entführt wird und eine Lösegeldforderung eintrifft, wittert der junge Journalist Rufus eine grosse Story. Gemeinsam mit dem gealterten Starreporter Zaq reist er ins Nigerdelta und betritt eine apokalyptische Welt, in der die kleinen Fischer als Spielball der Grossen und Mächtigen ums Überleben kämpfen. Der Nigerianer Helon Habila behandelt in seinem neuen Roman «Öl auf Wasser» jenseits aller Klischees und vordergründiger Moral ebenso poetisch wie eindringlich

und spannend komplexe Themen wie Politik, Korruption und Kolonialismus. Das Buch wurde mit dem Deutschen Krimipreis ausgezeichnet und stand auf der Shortlist des Pen/Open Book Awards. *«Öl auf Wasser»* von Helon Habila, Unionsverlag, Zürich 2019

LEBEN UND STERBEN DER MODE



© Tim Mitchell

(bf) Seit 20 Jahren verfolgt der englische Fotograf Tim Mitchell das Entstehen und Vergehen der Mode. Kritisch blickt er hinter die Fassaden des weltweiten Mode-Business. Nüchtern entzaubert er die glamourösen «Ursprungsmythen» der Mode und folgt den Kleidungsstücken gemeinsam mit der Anthropologin Lucy Norris quer durch Europa, bis diese schliesslich nach Indien transportiert werden, um recycelt zu werden: bergeweise in abseitigen Lagerhäusern, ohne Identität und Erkennungsmerkmale, nichts als ununterscheidbarer Stoff. Mitchells Fotografie ist eine soziale Recherche und ein Appell, sich zu fragen, wie ökologisch nachhaltige und ethische Produktions- und Gebrauchsmodelle im 21. Jahrhundert gestaltet werden können. Sein Fotobuch ist ein Plädoyer für Nachhaltigkeit und bewussten Umgang mit knappen Ressourcen, welches nicht nur durch seine Bildsprache besticht, sondern auch durch wegweisende ökonomische, soziologische und kunsthistorische Aufsätze. *«Product»* von Tim Mitchell, Kerber Verlag, Bielefeld 2019

GEDICHTE AUS DEM CHAOS

(bf) Der Lyriker und Performer Kadhem Khanjar ist Gründer des Kollektivs Kultur-Miliz, das im Irak Lyriklesungen an Schauplätzen von Krieg und Zerstörung veranstaltet: neben ausgebrannten Autos, auf Minenfeldern, in zerbombten Häusern, in Krankenwagen. Er wurde 1990 in Babylon geboren und lebt in Bagdad. Sein Buch *«Dieses Land gehört Euch»* vereint seine ersten beiden Gedichtbände *«Picknick mit Sprengstoffgürtel»* und *«Wir kämpfen zum Vergnügen»*, welche das Feld aufspannen, in dem sich die Gedichte bewegen. Khanjars Texte ähneln der Spoken-Word-Poetry.

Sie zeigen, wie trotz des andauernden, irre machenden Ausnahmezustands eine destruktive Langeweile vorherrscht – aber sie setzen etwas dagegen: Sie widmen sich vor einer existenziellen Tiefe und Traurigkeit dem lauten Lebenwollen. *«Dieses Land gehört Euch»* von Kadhem Khanjar, Mikrotex Verlag, Berlin 2019

FILME

LIEBE IN GEORGIEN

(bf) Merab trainiert seit seiner Kindheit mit seiner Tanzpartnerin Mary am nationalen Ensemble von Georgien. Als der charismatische und sorgenfreie Irakli auftaucht, wird Merabs Welt plötzlich auf den Kopf gestellt: Irakli wird einerseits zu seinem grössten Rivalen und andererseits zu seiner grössten Leidenschaft. Doch dies kommt nicht überall gut an. Aus seinem konservativen Umfeld will Merab ausbrechen und muss dafür alles riskieren. Eingebettet in die grosse Tradition georgischer Tänze zeichnet der georgisch-schwedische Regisseur Levan Akin mit *«And Then We Danced»* ein tiefgründiges Bild der aktuellen georgischen Gesellschaft. Der Film wurde an mehreren Festivals mit Preisen ausgezeichnet und lief 2019 mit grossem Erfolg an der Quinzaine des Réalisateurs in Cannes. *«And Then We Danced»* von Levan Akin, ab Mitte März in den Kinos der Deutschschweiz

TOLLER FRAUENALLTAG



© trigon

(wr) Sie heisst Petrunya, hat studiert und lebt ohne Arbeit mit 31 noch bei ihren Eltern. Vorstellungsgespräche können demütigend sein, und Männer pochen auch anderswo auf tradierte Muster, zum Beispiel, wenn es um eine religiöse Profession geht. Mit ihrer Spielfilmsatire *«Gott existiert, ihr Name ist Petrunya»* trifft die nordmazedonische Regisseurin Teona Strugar Mitevska einen Nerv unserer Zeit. Dabei ist Petrunya alles andere als eine Frauenrechtlerin. Sie lässt nur einfach ihren gesunden Menschenverstand walten und redet so, wie sie empfindet, egal ob das, was sie sagt, gesellschaftlich korrekt ist oder nicht. Dadurch hält sie der selbstgerechten Männerwelt einen Spiegel vor, während die Filmemacherin zeigt, wie Religionen, gedeckt von Politikern und Beamten, die absurdesten Regeln aufrecht-

erhalten, besonders gegen Frauen. Der Film wurde unter anderem in Berlin mit dem ökumenischen Jury-Preis ausgezeichnet. *«Gott existiert, ihr Name ist Petrunya»* von Teona Strugar Mitevska, Nordmazedonien. Der Film kann auf der VoD-Plattform www.filmingo.ch angeschaut werden und ist auf DVD in der edition trigon-film erschienen: www.trigon-film.org

AKTIV GEGEN KLIMAWANDEL



(dg) Der Film *«Hands on»* porträtiert drei junge Frauen aus Kenia, Norwegen und Kanada, die sich in ihrer Heimat für Umwelt- und Klimaschutz engagieren: Annabell Waititu, eine Umweltschützerin aus Kenia, unterstützt in ihren Workshops die lokale Bevölkerung – und dabei vor allem die Frauen – darin, nachhaltige Strategien zu entwickeln, um mit Auswirkungen des Klimawandels umzugehen. Die 25-jährige Silje Lundenberg leitet eine Jugendumweltorganisation in Norwegen. Sie kämpft gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Natur im Zuge der Erdölförderung und fordert einen Ausstieg aus der Erdölabhängigkeit. Jasmine Thomas schliesslich, Mitglied der Saik'uz First Nation aus Kanada, leitet eine Koalition, um den Bau von Ölpipelines durch indigenes Land zu verhindern. *«Hands on»*; Dokumentarfilm von Liz Miller; Karen Winther, Mary Kiio, Kanada/Norwegen/Kenia, 2014/16, als DVD und online (VOD); www.education21.ch/de/filme

MUSIK

ECHE TROUVAILLE



(er) Der tunesische DJ und Plattensammler Samy Ben Redjeb und der australische DJ Carlos Xavier sind in Afrika und Lateinamerika stets auf der Suche nach vergessenen musikalischen Schätzen aus

den 70er- und 80er-Jahren. Nun präsentieren sie Musik aus der am Mündungsdelta des Amazonas zum Atlantik liegenden Metropole Belem. Diese war einst bekannt durch den Kautschukboom, heute als Tor zum tropischen Regenwald, der abgeholzt und abgepackelt wird. In der Hafenstadt, wo neben indianischen Ureinwohnern Menschen aus verschiedensten Kulturkreisen ihre Spuren hinterliessen, spielten zehn beliebte Bands und Musiker zwischen 1974 und 1986 berausende Klänge, Rhythmen und Melodien auf Vinyl ein. Es sind feurige Cocktails, die in die Beine fahren. Zu den Zutaten gehören kaum bekannte Stile wie Carimbó, Samba-De-Cacete, Siriá, Bois-Bumbás oder Bambiá. Details dazu sind in einem kompetent und gefühlvoll ausgestatteten 24-seitigen Booklet aufgeführt. Alles in allem: eine echte Trouvaille! *Various: «Jambú E Os Míticos Sons Da Amazônia» (Analog Africa/Groove Attack)*

MEDITATIVES MEISTERWERK



(er) Hell hallt eine Glocke, einmal, zweimal, dreimal. Eine tiefe, leicht kehlige Männerstimme stimmt rituellen Gesang an. Dunkel erklingen Gongs; Klangschalen schwingen harmonisch; lang gezogene Läufe von Cello und Violine entfalten sich; schöne tibetanische Töne setzen die Lingbu-Bambusflöte und die Dranyen-Laute. Dazu kommen manchmal feine Piano- und federleichte Perkussionstupper. Und dann ist da noch eine hypnotisch sonore Stimme, die sanft Weisheiten aus dem tibetanischen Totenbuch Bardo Thödröl vorträgt. Sie gehört der 72-jährigen Avantgarde-Ikone Laurie Anderson. Die bekennende Buddhistin schenkt uns zusammen mit dem aus Tibet stammenden Sänger und Multiinstrumentalisten Tenzin Choegyals und der Musikerin Jesse Paris Smith (Tochter der Punk- und Rocklegende Patti Smith) eine 80-minütige liebevolle Umarmung von Worten und Klängen in behutsam wechselnden Passagen, tiefsinnig erläutert in einem Booklet – ein wunderbar meditatives Meisterwerk. *Laurie Anderson, Tenzin Choegyal, Jesse Paris Smith: «Songs from the Bardo» (Smithsonian Folkways/Galileo Music Communication)*

BETÖRENDE MUSIKKOSMOS



(er) Was sich zunächst als radikal houseige Clubmusik mit Techno-, Dub- und Disco-Anleihen anhört, entpuppt sich als ein faszinierender Mix aus europäischen Sounds und arabischen Stimmen: Dunkler oder heller, leicht nasaler und fast hingespochener Gesang verleihen den von grollenden Synthesizer-Läufen angetriebenen stampfenden Bassbeats und Electronics-Klängen eine grossartige Patina. Verantwortlich dafür ist das fünfköpfige Kollektiv Acid Arab. Gegründet wurde es 2012 von den Pariser DJs Guido Minisky und Hervé Carvalho. Für die Aufnahmen seines zweiten Albums *Jdid* (auf Arabisch «neu») waren folgende Gäste im Studio: die algerischen Sänger und Sängerinnen Radia Menel, Sofiane Saidi, Amel Wahby und Cheikha Hadjla sowie der türkische Künstler Cem Yildiz, der syrische Keyboarder Rizan Said und das Tuareg-Frauen-Trio Les Filles de Illighadad. Entstanden ist ein betörender Trip durch einen dichten Musikkosmos.

Acid Arab: «Jdid» (Crammed/Indigo)

FERNSUCHT



Ein suchender Wanderer

Im Winter durchstreift Mario Casella zu Fuss verlassene Gegenden auf der Suche nach Begegnungen und Erzählungen.

Meine Leidenschaft für die Berge führt mich oft in einsame, schwer zugängliche Gegenden. Hatte ich anfangs nur das Bergsteigen oder den Gipfel im Kopf, richtete sich in den letzten Jahren meine Aufmerksamkeit immer mehr auf die Menschen, die in den Bergen leben. Meine Neugier als Journalist und Dokumentalist brachte mich zu einer anderen Form des Bergsteigens. Meine letzte Reise führte mich in eine Gegend, die quasi vor unserer Haustür liegt: die Karpaten. Zu Fuss und auf Skiern durchquerte ich diesen langen Bergrücken, der sich von der slowakischen Hauptstadt Bratislava bis zu den Donauschluchten in Rumänien spannt. Ich war im Winter unterwegs, da diese Jahreszeit grössere Heimeligkeit ermöglicht, mehr Gespräche am Kamin oder am Feuer. Die Bergler leben vom Vieh und vom Ackerbau und im Winter haben sie mehr Zeit zu erzählen, oder sich etwas erzählen zu lassen. In den Karpaten entdeckte ich eine ländliche Welt an den Grenzen Europas, die einen Schatz an menschlichen Geschichten birgt. Ich habe sie im Buch «Oltre Dracula» (Jenseits von Dracula) erzählt.

(Aufgezeichnet von Luca Beti)

IMPRESSUM

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee
Manuel Sager (verantwortlich)
Georg Farago (Gesamtkoordination)
Beat Felber, Barbara Hell, Isabelle Kaufmann, Marie-Noëlle Paccolat, Özgür Ünal

Redaktion
Beat Felber (bf - Produktion)
Luca Beti (lb), Zélie Schaller (zs),
Samuel Schläefli (sch),
Christian Zeier (cz)

Gestaltung, Lithografie und Druck
Stämpfli AG, Bern

Wiedergabe
Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen
«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: Information EDA, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12, Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier und versendet ohne Verpackungsfolie.

Gesamtauflage: 47 400

Titelseite: Karge Steppe mit spärlicher Vegetation: Die Sandpiste in Richtung malische Wüstenstadt Timbuktu führt durch eine typische Landschaft in der Sahelzone.

© Spiertz/Hollandse Hoogte/laif

ISSN 1661-1667

**«Die Realität in den Ursprungsländern
des Menschenhandels zu verstehen, ist ein
wichtiger Aspekt für die Polizei.»**

Magali Bernard, Seite 18

**«Soziale Sicherungssysteme erfordern
zwar hohe Investitionen, langfristig zahlen sie
sich aber vielfach aus.»**

Stephanie Guha, Seite 37

**«Für uns Junge war Kunst in Kriegszeiten auch
eine Flucht vor der Zerstörung und Ausdruck
einer grossen Hoffnung, dass das Leben den Tod
am Ende besiegen wird.»**

Aida Begić, Seite 38
